

# Die Baugewerkschaft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Aboonimentspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne  
Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsanzeige u. dergl.  
sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 41.

Berlin, den 13. Oktober 1912.

13. Jahrgang.

### Der achte christliche Gewerkschaftskongress.

Ein goldner Herbsttag liegt über der Kongressstadt Dresden. Heller Sonnenschein überflutet die Kunderbauten des deutschen Elbtorenz. Welch herrliche Sprache reden diese Bauten von Lebensfreude und Schönheit. Die rasch dahineilenden Flüsse der Elbe, die sich für einen Augenblick an den starken Pfeilern der neuen, mächtigen König-August-Brücke brechen, geben dem wunderbar architektonischen Bild seine Unterlage. Sie singen auch das ewige Lied von der Vergänglichkeit. — Wo ist der Bauherre all dieser Herrlichkeiten, August der Starke, Herzog von Sachsen und zugleich König der Polen? Ein Herz ruht in der Hoffkirche zu Dresden, seine Seele aber ruhen in dem fernen Krakau, in der königlichen Königsgruft auf der Wawel. Immer wieder empfinde ich den furchtbaren Kontrast zwischen hier und dort, als ich an dem schmucklosen Kupferberg in der Königsgruft, die erfüllt von starkem Bodengeruch, stand. Deine Werke, großer Herzog, alten die Erinnerung wach, sie erzählen uns von altergegangenen, glanzvollen Zeiten.

Ein anderes Wahrzeichen, ein Zeichen der neuen Zeit, beherrscht das Stadtbild. Kraftvoll und stark verragt der neue Rathaussturm alles; er ist gleichsam ein Symbol von Deutschlands Einigung, Fortschritt und Stärke. Weit hinaus grüßt er in die Lande, die Lichtungen zeigen uns ständig den Stundenrhythmus, eine Mahnung, nicht zu rasten und zu ruhen. Der uns Bauarbeiter schließt das neue Dresdner Rathaus bereits einen sehr bedeutungsvollen Bogen ein, vollzogen sich doch in ihm die letzten Phasen des großen Bauarbeiterkampfes in 1910.

Die Anlagen der Stadt prangen in herbstlichem Glitter und Glanz, die in millionenfacher Zahl die Pfade zieren. Von den die Elbe begrenzenden Höhen füllt das helle Gold und das tiefdunkle Grün der Bäume herab. Das ist die zur Höhe sich legenden Natur. In den Herzen der aus allen Teilen Deutschlands herbeigeeilten Delegierten aber herrscht keine Abstimmung, sondern eine von frohen Hoffnungen getragene Frühlingsstimmung. Erfüllt von Weitsicht und dem starken Willen zur Tat, warten sie, daß die Verhandlungen des Kongresses die Arbeitslust auslösen. Es gilt, die Entwicklung christlichen Gewerkschaften in trautigen Bahnen zu erhalten. Wie das Rathaus der Stadt Dresden Bild ihrer Stärke darstellt, so soll die christliche Gewerkschaftsbewegung ein starker Hirt der christlich arbeitenden Arbeiterschaft Deutschlands sein. Das ist nicht nur der Wunsch der hier anwesenden Delegierten, sondern er quillt aus Hunderttausenden ehrlichen Arbeiterherzen her vor. Es muß unser Lohn in weihvoller Stunde sein, mit neuer

Kraft und zäher Ausdauer an die Stärkung unserer christlichen Gewerkschaften heranzutreten. J. B.

\* \* \*

Die Dresdener Kollegen hatten am Sonntagnachmittag zu Ehren der erschienenen Delegierten einen Begrüßungsabend im Saale des Zoologischen Gartens arrangiert. Zwischen üppigem Grün prangten die Statuen unseres Kaisers und des Königs von Sachsen. Eine Anzahl Reichstagsabgeordneter und Vertreter von Behörden waren erschienen. Kollege Vogt-Dresden überbrachte die Grüße der sächsischen christlich-organisierten Arbeiterschaft. Er gab der Genugtuung Ausdruck, daß der diesjährige Kongress in Sachsen Hauptstadt stattfinde. Er hoffte, daß er der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Sachsen einen kräftigen Anstoß geben möge. Kollege Behrens hielt die Festrede, die mit kräftigem Beifall aufgenommen wurde. Das Fest, an dem eine Militäkapelle und der Männergesangverein mitwirkten, nahm einen glänzenden Verlauf.

\* \* \*

Am Montagmorgen 19 Uhr wurden die Verhandlungen des Kongresses eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Schüller und Behrens gewählt. In das Präsidium wurde u. a. vom christlichen Bauarbeiterverband Kollege Hildebrandt-Berlin gewählt.

Als Vertreter der Reichsregierung und des Ministeriums des Innern begrüßte Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stiebert den Kongress. Er bestonte, daß die Reichsregierung großes Gewicht auf die Füllung mit den Arbeitern lege, um deren Bedürfnisse kennen zu lernen. Die christlichen Gewerkschaften ruhen auf christlich-nationaler Grundlage und auf dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse. Von diesem Fundament aus wollen sie die großen wirtschaftlichen Probleme lösen, die Interessen der Arbeiter vertreten und damit dem Gemeinwohl dienen. Die Reichsregierung wünscht, daß die christlichen Gewerkschaften auf diesem Wege weiterschreiten und erwünscht als Regierungsvertreter in diesem Sinne den Kongressverhandlungen besten Erfolg.

Als Vertreter der sächsischen Regierung begrüßte Herr Geheimrat Schippert den Kongress. Als Vertreter der Stadt Dresden Herr Dr. Lempert. Eine große Zahl Vertreter konfessioneller Vereine und politischer Parteien überbrachten dem Kongress ihre Grüße. Aus allen lang das hohe Interesse heraus, daß diese an den christlichen Gewerkschaften nehmen.

Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des Bischofs Herrn Dr. Schäfer von Sachsen. Er erinnerte an die Zeit, wo das Werden der christlichen Gewerkschaften einzog. Es galt, unter Ablehnung des Christentums- und vaterländisch-feindlichen Tendenzen anderer Gewerkschaften den Arbeitern als den wirtschaftlich Schwächeren eine Machtstellung zu schaffen, die ihnen die tatkräftige Vertretung ihrer Interessen ermöglichte. Das sollte nicht von dem Boden eines verwäschten Christentums aus geschehen, sondern die sich hier die Hand zu gemeinsamer Arbeit reichen, könnten dem treu bleiben, was sie waren. Die bisherige Praxis der christlichen Gewerkschaften hat nicht bewiesen, daß sie von diesem Boden abgewichen sind. Ohne Vorurteil und ohne Hintergedanken sollen sich die christlich-nationalen Arbeiter zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen vertrauensvoll die Hand reichen zu einträchtigem Zusammenschluß.

arbeiten. Diese Aufführungen fanden bei den Kongressteilnehmern lebhafte, spontane Beifall.

Nach den Begrüßungen ergriff Kollege Stegerwald das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichts.

### Die rote Woche von Chemnitz.

II.

Ein Thema, das mit gewerkschaftlich-parlamentarischen Vorberungen enge zusammenhängt, hatte der bekannte Christentöter, Genosse Hue, mit seinem Referat über vermehrten Bergarbeiter schutz berührt, wozu eine lange Resolution angenommen wurde, die allerdings dem Umfang der Hueschen Rede entsprach. In dieser Resolution wird verlangt: 1. eine Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden; 2. Ausschluß von Arbeitern unter 18 Jahren von unterirdischer Tätigkeit; 3. „Vorschriften über die Erziehung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird“; 4. Anstellung von Grubenkontrolleuren; 5. Bereithaltung einer genügenden Anzahl von Rettungsapparaten; 6. Errichtung von austrocknenden Wasch- und Badeeinrichtungen.

Die Resolution Klingt ja sehr überzeugend; aber die Rede ihres Begründers Otto Hue wäre auf den objektiv denkenden Beobachter sicher wirksamer gewesen, wenn Hue sich der Nebentreibungen und des zeitweiligen Geschimpfes auf den „Zentrums gewerbeverein“ enthalten hätte. Dabei ist interessant, daß, als Hue mit Schmierpathos von dem „verbrecherischen Streik der Christen“ sprach, nur in der hintersten Ecke des Saales ein einziges schüchternes Reklame-„Pui!“ ertönte. Trotz der ottomischen Versicherung, daß er jeden „einen frechen Lügner“ nenne, der behauptete, daß dieser rote Streik aus politischen Gründen angefangen wurde, hat die Genossenschaft an diesem „Erfolg“ anscheinend so gutt, daß keiner mehr ein Wort über die Sache sprechen, vielleicht auch keines mehr hören wollte.

Wie sich doch die Zeiten rasch ändern! Was haben die Genossen damals nicht für einen Streit in der Presse gemacht! Und jetzt empfindet man die Diskussion über diesen verpuschten aller deutschen Streiks so unangenehm, wie die Frage nach dem Strick im Hause des Gehängten. Noch nie war aber auch die deutsche Sozialdemokratie so klein erschienen, als nach dem unglücklichen Ruhrbergarbeiterstreik, dem man mit tausend Hoffnungen entgegenging und der dann so läufig zusammenbrach. Darum ist man auf dem Gebiet so bescheiden geworden; eine Tugend, die sonst nicht zum Rüstung der Partei- und Gewerkschaftsgenossen gehört...

Ein Charakteristikum für die „praktische Arbeit“ der Sozialdemokratie, und ihr Verständnis dafür, bildet die privat ausgesprochene Meinung eines radikalen, führenden Genossen (Redakteur), daß man statt der Behandlung der Bergarbeiterfragen lieber noch weiter über die „Dämpfungskktion“ in freijüngigen Wahlkreisen bei den Stichwahlen hätte debattieren sollen. Wie denn überhaupt bei der wichtigen Frage vermehrten Bergarbeiter schutzes eine recht heftige Meinungswelle unter heim im Saale herrschte, so zwar, daß vom Vorstandstisch aus wiederholte „dringend um Ruhe“ gebeten werden mußte.

Ein Schmerzenskind der Sozialdemokratie, an dem auch die Gewerkschaftler lebhaft interessiert sind, die Matzeier, hat auch heuer wieder zu lebhaften Debatten Anlaß gegeben, die schließlich zu einem regelrechten polnischen Reichstag ausarteten. Von einer Anzahl von sozialdemokratischen Vereinen wurde ein Au-

trag gestellt, den Nürnberger Parteitag beschluß (Aufführung eines Tagesverdienstes von am 1. Mai arbeitenden Genossen, sowie von den Angestellten der Partei und denen der Gewerkschaften) aufzuhaben. Die namentliche Abstimmung, der eins stürmische Debatte vorausgegangen war und eine noch stürmischere folgte, ergab eine Stimmenzahl von 271 für und 221 gegen die Aufführung des Nürnberger Beschlusses; bei 2 Stimmenenthaltungen. Alle weiteren Anträge, etwas Ähnliches, aber konkreteres, wie den Nürnberger Beschluß wieder herzustellen, scheiterte an der Erregung des Parteitages. Schließlich kam man auf die erlösende Formel, alle diesbezüglichen Anträge bis auf den nächsten Parteitag zurückzustellen, da die nächste Maifeier ohnehin auf einen Feiertag trifft. Man feiert also zunächst ohne zu bezahlen! Und ein Delegierter meinte sogar, mit der Aufführung des Nürnberger Beschlusses sei „die ganze Maifeier kaputt“. Tatsächlich ist die Frage heute, nach dem Chemnitzer Beschluß, noch mehr verwirrt als bisher, und mehrere Delegierte gaben, wohl nicht mit Unrecht, der Befürchtung Ausdruck, daß sie von ihren heimatlichen Genossen für die Umwerfung des Nürnberger Beschlusses ihre ordentliche Sorge kriegen werden.

Der heutige Beschluß und die Debatte darum bestätigten übrigens nur eine seit Jahren bekannte Tatsache: die Revisionisten, besonders die gewerkschaftlichen, haben schon längst ein Haar in der Maifeier gefunden, während die Radikalen um keinen Preis von der „wuchtigen Demonstration“ lassen wollen, die in der Praxis schon lange eitel Pappe bedeckt ist. Der Delegierte hatte sicher recht, der in Bezug auf den Nürnberger Maifeierbeschluß meinte, daß man nicht bloß Beschlüsse fassen soll, die sich aussehen, sondern die man dann auch durchführen kann. Darauf ein ausländischer Journalist sein Gegenüber geradezu bestürzt, daß nicht beizutragen, den Nürnberger Maifeierbeschluß aufzuheben, da die Wirkung auf das Ausland eine ungeheure deprimierende sein würde, und die „reactionären Parteien“ im Ausland solches Zum weißlich anzubieten würden.

So sieht man also, daß die große deutsche Sozialdemokratie auf dem wesenlosen Schema der Maifeier nur Färbungen will, um — dem Ausland ein gutes Vorbild zu geben und im Inland mit dem vorbeigefügten „Schrift der Arbeit“ nicht noch mehr ausgelacht zu werden, als es bisher schon der Fall ist ...

Bei dem Streit um die Maifeier stand man im Jahre des „Imperialismus“, des Zentralstaates, des Kriegs, gegen das Haup vom Parteiviertland loszog und eine Resolution von etwa 15 Deutzen Quadratmeilen zur Annahme vorlegte, um ihm gründlich entgegenzutreten. Bei dieser Frage plätzten die „Richtungen“ in der Sozialdemokratie ziemlich auseinander. Einer radikalen Seite bestand, der z. B. die Abstimmungsvollmacht als eine ganz reaktionäre Gegenabenz gegen den Imperialismus bezeichnete, folgte eine gemäßigte von Sennheiser, der sich in seinem Losersystem auf die ziellose Fortentwicklung der Gesellschaft zu dem Zentrum verließ: Friede auf Erden und den

Menschen ein Wohlgefallen bringen will die Sozialdemokratie ...

Wozu es ganz den Anschein hat, wenn man die groes Sprüche und den Massenkult des überradikalen Genossen Banholz damit vergleicht, der nach Berenstein sprach: Über die grimmige Rede eines Magdeburgischen Delegierten in Anknüpfung an den gewiß recht bedauerlichen Fall des Todes eines Arbeiters durch die Schußwaffe eines Arbeitswilligen in Burg B. M.

\* \* \*

Um ganzen genommen bedeutet der heutige Parteitag eine Tagung der Unkartheit, und ein Gemisch von Taktik und Verschleierung, um es mit den bürgerlichen Linksparteien nicht zu verderben: Hier einen kleinen Erfolg der Radikalen, dort einen der Revisionisten, hier wieder einen des Parlamentarismus, dort einen der stammhaften Negation. Mir gendwo eineklärung, eine offene, einheitliche Anwendung sozialdemokratischer Grundzüge. Man sucht sich auch scheinbar durchzuhindern: „Bald so, bald so, wie's trefft.“ Lediglich in diesem relativen Sinne ist praktisch das Wort Eberts vom Parteivorstand in die Schalte über den Geschäftsbereich aufzufassen: In grundsätzlicher Beziehung haben wir uns stets an das Erfurter Programm gehalten, in praktischen Fragen haben wir den Landesvorständen und Organisationen Spießraum gelassen. So bleibt es auch in Zukunft.

Ausgabe der christlichen Gewerkschaften, wie der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung bleibt es, solcher heidlerischen Agitation die Maske vom Gesichte zu reißen und sie als das zu brandmarken, was sie ist: Eine Erfüllung der breitesten Massen des Volkes zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung und ihres Ansehens im öffentlichen Leben.

## Kritisches zum englischen Gewerkschaftskongress.

Der jüngst stattgefandene englische Gewerkschaftskongress erfordert uns bedeutam genug, um nochmals kurz auf einiges zurückzukommen. Es sind verschiedenen Gründen. Es ist offensichtlich, daß sich die englische Gewerkschaftsbewegung seit einigen Jahren in einem Zustand der inneren Krise befindet. Es vollzieht sich in ihr eine Veränderung des geistigen Verfassens, und es sind Strömungen ausgetragen worden, die an den durch Jahrzehntelange Geltung fast traditionell gewordenen Formen der englischen Gewerkschaftstätigkeit und -praktik rütteln. Die den Rahmen innerhalb dessen sich die letztere bisher bewegte, als zu eng empfunden und deshalb darüber hinausstreben. Dieser neue Geist aber drängt unverkennbar nach links, der Radikalismus kommt ins Nachen. Nach außen trat er erstmals in den im Vorjahr mit ungewöhnlicher Heftigkeit ausbrechenden und ungezähmten Anfang annehmenden Riesenstreiken in die Erscheinung. Erst brach der Riesenstreik der Transportarbeiter zu Water und zu Lande aus; es folgten die Eisenbahner, die den Generalsstreik über ganz England erläuterten. In diesem Vorjahr folgte der gewaltige Bergarbeiterstreik mit fast einer Million Streikenden, und diesem wiederum

folgte in diesen Sommermonaten der Streik der Hafenarbeiter. Letzterer war von Ausschreitungen der Streikenden begleitet, ganz im Gegensatz zu den vorhergehenden, die mit staunenswerter Disziplin geführt wurden, ebenfalls im Gegensatz zu diesen, mußte er für die Arbeit völlig erfolglos abgebrochen werden. Unzählig bei diesen dieser Kämpfe war der fast explosionsartige Bruch derselben und die Tatsache, daß sie in einem Land erfolgten, bei dem wir uns daran gewöhnt halten, Streik dieser Art zu den Seltenheiten zu rechnen.

Wenn man die von den Trade Unions in den frühen Jahren angewandte Gewerkschaftstätigkeit und -praxis vergleichenden Maßstab an die Entwicklung seit voriger Jahr anwendet, so ist der Unterschied in der heutigen Erfüllung gegen früher ohne weiteres ersichtlich. Daneben hat die lebte Vergangenheit manche Anzeichen gebracht, die darum, daß der sozialistische Gedanke mehr und mehr um sich greift. Viele Leute — auch uns — wollten sogar in den genannten Riesenkämpfen den Beweis für das Vorhandensein starker syndikalistisch-revolutionärer Strömungen sehen. Daz man unter diesen Umständen dem verlorenen Gewerkschaftskongress mit ziemlicher Spannung entgegenschaut, ist begreiflich. Wir erwarten von ihm eine klare principielle Stellungnahme zu den neuen Fragen, und man muß sagen, er hat sich dieser Aufgabe mit ziemlicher Gründlichkeit unterzogen.

Der Kongress hat zunächst einmal Klarheit gebracht über das heiderseitige Stärkeverhältnis der Anhänger des ältesten (konservativen) Richtung und den neu aufgekommenen überrevolutionären Ideen. Wenn der Kongress ein getreutes Spiegelbild der Stimmung, wie sie in den Mitgliedermassen herrscht, gewesen ist, so ist damit bewiesen, daß die erdrückende Mehrheit der organisierten englischen Arbeiter von einem übertriebenen Radikalismus, hervorgerufen durch syndikalisch-revolutionäre Bestrebungen, nichts wissen will. Das hat der Kongress durch Debatte und Abstimmungsziffer klar und unzweideutig ausgedrückt. Möglich, daß die Begleiterscheinungen des letzten Kämpfe und besonders der schmähliche Zusammenbruch des letzten Hafenarbeiterstreiks eine gewisse Ermüdung in manchen anfänglich zum Radikalismus neigenden Kreisen hervorgerufen hat und deshalb die jetzt vom Kongress eingetragene Standpunkt nur eine Reaktion auf jene Strömungen darstellt. Andererseits kann aber auch nicht verkauft werden, daß die alten konservativen Ideen mehr und mehr an Boden verlieren. Der Zug geht nach links. Beim Syndikalismus ist noch nicht angelangt, beim Sozialismus schon längst. Allerdings ist es kein Sozialismus im deutschen (marxistischen) Sinne, er zeigt eine mehr reformistische Prägung und kommt dem bei uns in Deutschland vertretenen Staats- und Kommunalsozialismus sehr nahe.

Bezeichnend war für diesen Kongress, daß das Hauptinteresse sich auf Fragen und Aufgaben des Tages konzentrierte, der gewundene Sinn der Engländer für praktische, unmittelbare trat hier in die Erscheinung. Gewerkschaftliche Konzentration, Osborneurteil, die fragwürdigerer Schiedsgerichte und Einigungskräfte, geplante Regelung der Tarifeverträge, Wirkungen des Verhinderungsgeistes auf die Gewerkschaften, Syndikalismus als zwecklos Fragen von höchster gewerkschaftlicher Aktualität. Daneben treitlich auch die Fragen der restlichen politischen Aktion, der weltlichen Erziehung, der Verstaatlichung von Grund und Boden, der Eisenbahnen, Bergwerke usw., Maiheimer, Verschmelzung des Gewerkschaftskongresses mit der Arbeiterpartei — Fragen, die über den Rahmen der gewerkschaftlichen Zuständigkeiten weit hinausgehen und die zeigen, welche Fortschritte der Sozialismus in den englischen Trade Unions bereits gemacht hat. Gewiß, manche dieser Forderungen, besonders diejenigen, die auf Verstaatlichung hinauslaufen, sind jetzt platonischer Art, ihre Verwirklichung steht noch weiter Ferne. Auch läßt sich über Einzelheiten, die Verstaatlichung der Bergwerke und Eisenbahnen, gewi-

## Der Portlandzement und seine Herstellung.

Der Portlandzement ist der bekannteste der hydraulischen Zemente; er entsteht, wenn ein Gemisch von zwei teuren Kohäsionsstoffen Kalk und Soda einem Teile Feuerkeramik Ton bis zur Sinterung gebrannt und dann bis zur Steinfestigkeit geformt wird. Hier und da kommt Softziegel vor, die keine Kohäsion in sichem Verbundnein enthalten, doch werden fast alle Portlandzemente durch steinische Zusammensetzung der Feuerkeramik hergestellt.

Der Portlandzement wurde im Jahre 1824 durch den englischen Maurer Joseph Aspdin zu Seeds erstanden. Dieser war auf den Gedanken, daß sich ein Zement auch auf steinischer Weise durch ringige Zusammensetzung und Verbindung geübter Schottersteine herstellen lassen sollte. Es gelang ihm, eine Kalk und Ton einen Ziegel zu formen, der den Eigenschaften aus dem „Portlandzement“, einem gewissen Sandstein, durchaus gleichwertig war. Nach diesem natürlichen Material aus Portland wurde das neue Produkt Portlandzement genannt. Die steinische Herstellung des Portlandzements wurde von Anfang an angenommen, und in letzter Zeit entstand in England eine wichtige Zementindustrie, die bald die Weltmarktführer wurde. Die erste Portlandzementfabrik in Deutschland wurde im Jahre 1852 durch Dr. Schäffer und den Freiherrn Oetile in Elsdorf begründet. Diese Entwicklung folgte bald andere in allen Gegenden Deutschlands, und hier war die englische Zementindustrie sehr erfolgreich, und heute hat Deutschland die erste Stellung übertragen.

Zur Herstellung von Portlandzement wird die Kalk und Soda gezeigt, die Kalk und Ton in trockenem Zustand und gebrannt, und gegeben, und gebrannt, und die Kalk und Soda leicht aufzulösen lassen. Der Kalk soll einen hohen Gehalt an Calciumcarbonat haben; er soll nicht zu hart sein, denn es muß leicht zerkleinert werden. Der

Dien muss neben Eisenoxyd und wenig Magnesia hauptsächlich reich an Kieselsäure sein. Beide Rohstoffe müssen frei von erdigen und sandartigen Beimengungen sein.

Die saubermäßige Herstellung des Zements beginnt zunächst mit der richtigen Zusammensetzung und Reinigung des Materials. Der gebrochene Kalkstein wird im Maukretter zerkleinert, und der plastische Ton geht durch das Stocherwalzert, Kalk und Ton kommen dann jeder für sich in Trockentrommeln, sog. Drehsößen, wo das zerkleinerte Gut im Zentrum getrocknet wird. Nach dieser gleichmäßigen Vorbereitung werden die Rohstoffe im richtigen Gewichtsverhältnisse gemischt. Alle 1-2 Stunden werden Kalk und Ton chemisch untersucht, und nach dem Ergebnisse dieser Untersuchung wird das Gewichtsverhältnis der beiden Bestandteile bestimmt. Die Mischung wird der Kugelmühle zugeführt, wo sie gemahlen und gründlich vermengt wird.

Um für das Steuern gleichmäßige, handliche Stücke zu bekommen, wird das in der Kugelmühle gewonnene Mehl unter Körnerzettel in der Strengpreise zu Ziegeln geformt. Die Ziegel werden zunächst getrocknet, und zwar bei gutem Wetter im Freien, bei schlechtem Wetter und im Winter im Ofen. Dieser Ofen ist ein langgestreckter Kesselofen, der die mit Ziegel bepflanzten Wagen befahren müssen, so daß die Steine an einem Ende frisch in den Ofen hinein-, am anderen Ende trocken herauskommen.

In jenen Fabriken, die keinen harten Kalkstein, sondern weiche Kieselsalze verarbeiten, geht diese erste Arbeit auf andere Weise vor sich. Hier werden Kalk und Ton mittels des sog. Schlammverfahrens gemischt. Das Ziel ist hier wie dort dasselbe, in beiden Fällen besteht was eine möglichst innige Bindung des Rohmaterials.

Danach die Ziegel getrocknet sind, werden sie im Ofen gebrannt. Dieser Ofen ist in der Mitte niedriger. Oberhalb des Ofens werden die großen Ziegelzangen angelegt, in den Ofen geschauzt; sie gelangen in die Kammer, wo sie durch die von unten aufsteigende Hitze allmählich heiß werden. In der Höhe des Ofens befindet sich die Brenzglocke; hier

wird abwechselnd Brennstoff eingesetzt und das vorwärmte Gut mittels eines eisernen Hafens in die Brenzzone gezoagt. Auf diese Weise erreicht man, daß die vorwärmenden Stücke hauptsächlich auf dem Absatz des Ofens ruhen, sie üben keinen Druck auf die hinternden Massen aus, die durch eine solche Belastung zusammenstoßen würden und nicht richtig durchbrechen könnten. Die in der Sinterzone gegrabenen Ziegel haben allmählich durch die Wärmezone bis auf die Rosstäbe am unteren Ende des Ofens, wo sie mittels eiserner Hafens abgezogen werden.

Die guten Zementstücke sehen dunkelgrün aus, doch findet man häufig auch ungute hellere und ganz vergläzte, schwarze Stücke. Dieser Fehlerbrand muß sorgfältig ausgelesen werden, da er die Qualität des Zements herabsetzen würde. Die übriggebliebenen guten Stücke werden heraus in die Mühlenanlage transportiert, wo sie zunächst im Maukretter groß zerkleinert und dann in der Kugelmühle und der Röhrmühle zu dem feinen Zementmehl zermahlen werden.

In neuerer Zeit haben viele Zementfabriken ein neues Brenzverfahren aufgenommen, welches zuerst in Amerika ausgemacht und seit etwa 1900 in Deutschland eingeführt ist. Dieses Verfahren erfordert zwar größere Mengen Brennstoff, sie setzt aber auch ein besseres Zementmehl. Das Rohmehl wird nicht verziegelt, sondern gesiegt aus der Kugelmühle durch die Förderbahn zum Brennen in einen Drehsößen. In der Förderbahn wird das Mehl leicht angefeuchtet, damit es durch den scharfen Zug des Schrotsteins nicht abgesogen wird. In jenen Fabriken, wo das Schlammverfahren besteht, kann man auf das Trocknen und Mahlen des Rohmaterials verzichten und gleich den Schlamm in den Ofen hinzuführen.

Eine Dreipotenanlage besteht im wesentlichen aus dem großen Brenntrommel und der kleineren, tiefer liegenden Schütttrommel. Die Trommeln sind auf Holzblöcke gelagert und werden durch Zahnräder langsam rotierend bewegt; ihrer Gangachse nach sind sie geneigt. Das zu brennende Rohmehl wird durch eine regulierbare Schneide in die Brenntrommel geworfen. Es rollt und schiebt sich lange

gen. Es hat auch bei uns Männer gegeben und gibt noch, die diese Forderungen vertraten, es jedoch weit in sich wiesen, deshalb Sozialdemokraten zu sein.

Recht bemerkenswert waren die Verhandlungen über die Frage der weltlichen Erziehung. Wohl erging der Antrag der Bergarbeiter, wonach dieser Punkt in der Tagesordnung künftiger Kongresse zu streichen zur Annahme. Aber die sehr geringe Mehrheit für den Antrag von nur 952 000 gegen 909 000 Stimmen gab schon zu denken geben. Wir sind der Überzeugung, daß die Stellungnahme des Kongresses zu dieser Frage nicht aus prinzipiellen Beweggründen erfolgte, sondern aus taktischen. Der Widerstand aus den Reihen der Katholiken, die immerhin mehr als 12 Millionen vereinigten Königreichs ausmachen — Irland ist fast ganz katholisch — mag auf den Kongress nicht ohne Einfluss geübt haben. Die genannte Beschlusssatzung ist so schriftlich mehr als ein vorbauender Klugheitsakt, denfalls wäre es verfehlt, in ihr eine prinzipielle Absehung vom seitherigen Standpunkt zu erkennen. Die sozialdemokratische "Leipziger Volkszeitung" mag recht haben, wenn sie die Situation wie folgt charakterisiert: "Stünde die Frage zur Entscheidung, ob der Gewerkschaftskongress für oder gegen die Ausschaltung des Religionsunterrichts von den öffentlichen Schulen ist, dann hätten, wie die früheren Kongresse gezeigt haben, die Klerikalen den Kongress fast einstimmig gegen sich. Handelt es sich aber darum, diese Frage von der Diskussion auszuhalten, dann findet sich um des lieben Friedens willen knappe Mehrheit des Kongresses für den Vorschlag. Der Kongress, so ist die Stimmlistung, hat mit wichtigeren und dringenderen Sachen wahrhaftig genug zu tun, um über Dinge zu entscheiden, die die Gewerkschaften doch nicht unmittelbar angehen. Es bleibt indes abzuwarten, ob der nächste Kongress diese Resolution nicht doch widerrufen wird."

Ebenso wie in der Frage der weltlichen Erziehung auch in der Abschaffung des Antrages auf Versammlung des Gewerkschaftskongresses mit der Arbeiterpartei eine prinzipielle Stellungnahme nicht erblieb werden. Auch hier gaben die Bergarbeiter den Auschlag, wie überhaupt das konservativer Element auf dem Kongress dargestellt. Sie hatten in vorhergehenden Konferenzen die einzelnen Punkte der Tagesordnung gründlich durchberaten und ihre Stellung dazu fixiert, so daß sie im Kongress stets geschlossen ihre Stimmen für oder gegen in die Waagschale warfen. Zwar hatten sie an diesem Kongress nicht mehr das Übergewicht wie früher, doch waren sie mit 550 000 Stimmen von insgesamt nicht ganz 2 Millionen in den meisten Fragen ausschlaggebend. Ihr Verhalten in der hier angezogenen Frage war von reinen Opportunitätsgründen bestimmt, sie wollten sich durch einen fertigen Plan nicht binden.

Die Debatten über politische Aktion und Syndikalismus drehen sich im Grunde nur um die Frage: Kommen wir weiter, indem wir in der Politik mitarbeiten und auf parlamentarischem Wege für die Arbeiter Vorteile heranzuschlagen suchen oder, indem wir zu wirtschaftlichen Machtmitteln — General- oder Massenstreik — greifen? Fazit ist, daß die Zahl der Arbeiter recht groß geworden ist, die mit den von der Arbeiterpartei (die bekanntlich von den Gewerkschaften geschaffen wurde) erzielten Erfolgen nicht zufrieden sind. Die syndikalistischen Tätigkeiten der neuesten Zeit sind sicher zu einem guten Teil aus dieser Stimmung heraus entstanden. Immerhin ist, wie schon bemerkt, in dieser Hinsicht eine gewisse Erhöhung eingetreten, wenn wir auch das Spiegelbild, wie es sich aus der Abstimmung ergab (die Resolution, die sich gegen den Syndikalismus setzte, wurde mit 1 693 000 gegen nur 48 000 Stimmen angenommen), als der wirtschaftliche Stimmung in den Mitgliedern ganz entsprechend nicht ansehen können. Zweifellos sind die syndikalistischen Strömungen etwas

stärker als es nach dem Zahlenverhältnis der Abstimmung auf dem Kongress scheinen möchte. Die "Einigkeit", das Organ der deutschen Syndikalistin, dürfte indessen wenig Ursache haben, an den Anfang eines Artikels den Satz zu stellen: "Mit dem Berlus des 45. Trade Union-Kongresses (Zentralverbände) können wir (Syndikalisten und revolutionäre Sozialisten) vollständig zufrieden sein." In einem späteren Artikel ist sie ja auch schon andern Sinnes geworden. So viel hat der Kongress doch gezeigt, daß der Syndikalismus in England, im Vergleich zur Gewerkschaftsbewegung wenigstens, jetzt noch eine mehr als bescheidene Stellung einnimmt. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, muß abgewartet werden.

Ebenso bleibt abzuwarten, welche Erfahrungen die Engländer mit der Maiheimer machen werden. Selbst wenn man annimmt, daß die englischen Gewerkschaften ihre Mitglieder vollständig für die Maiheimer auf die Beine zu bringen würden, eine Annahme, die auch unter Berücksichtigung der größeren Disziplin der englischen Gewerkschafter nicht sehr wahrscheinlich klingt, so steht dem immer noch entgegen, daß den zwei Millionen Organisierten vielleicht sieben bis acht Millionen Unorganisierte gegenüberstehen. Man kann deshalb einigermaßen gespannt sein, inwieweit die Engländer dem Beschlüsse die Tat folgen lassen, und ob die Maiheimer dort einen imponierenderen Charakter tragen als wie die deutsche. Darauf hingen wir allerdings vorläufig noch berechtigte Zweifel.

Wenn wir zum Schluß einen kurzen, zusammenfassenden Überblick über die Lage in den englischen Trade Unions, wie sie sich nach dem Newporter Kongress charakterisiert, zu geben versuchen, so wollen wir zunächst einer sozialdemokratischen Stimmung, der "Leipziger Volkszeitung", das Wort geben. Sie schreibt: "Mit dem Kongress dürfen wir zufrieden sein. Die wachsenden Reihen der organisierten Arbeiterschaft Englands schreiten mit Entschlossenheit und Siegeswürdigkeit auf ihrem Wege voran. Der Geist, der den Kongress erfüllte, ist der Geist des internationalen Sozialismus." Also die radikale Leipzigerin ist zufrieden, auch das Syndikalistenorgan "Einigkeit" wollte zufrieden sein. Scheint also die Wahrheit in der Mitte zu liegen. Das eine ist richtig: der Sozialismus in der englischen Gewerkschaftsbewegung ist im Wachsen. Aber es ist nicht der internationale, wie das Leipziger rote Blatt meint, und unter dem es doch sicher nur den marxistischen Sozialismus gemeint haben will. Von dem sind die Engländer noch weit entfernt. Die von den Engländern vertretene Form ist nichts weiter als ein Staatssozialismus auf nationaler Grundlage. Ob auch in England die Entwicklung zum Marxismus drängt? Vorläufig zweifeln wir daran. Wir glauben auch nicht, daß man mit der Phrase vom "internationalen Sozialismus" bei den Engländern große Begeisterung auslösen wird. Dem steht das stark ausgeprägte Nationalgefühl der Engländer entgegen. Solche unnatürliche Sozialdemokratien wie unsere, die selbst die Bande des Blutes verleugnen und denen man — gewiß nicht mit Unrecht — Vaterlandslosigkeit vorgeworfen hat, gibt's eben sonst in der Welt nirgends. Wir glauben auch, daß der praktische, kaufmännische, auf das Erreichbare gerichtete Geist der Engländer sie vor allzu phantastischen Zukunftsplänen bewahren wird. Aber darin kann man sich auch täuschen. Richtig ist's aber immerhin, der weiteren Entwicklung der englischen Trade Unions einige Aufmerksamkeit zu widmen,

stellungen Leipzig 1913 am 27. September nach dem jetzt fertiggestellten Verwaltungsgebäude an der Leibnizstraße neben dem Gutsgut Thonberg verlegt worden sind. Die Büros sind dort telefonisch unter den Nummern 20 280 bis 20 289 zu erreichen. Interessenten, die das Verwaltungsgebäude selbst aufsuchen, werden durch einen Portier zu den gewünschten Stellen geleitet werden.

**Unentgeltliche Untersuchung für Unbenutzte in Unfall-, Invaliden- und Straßachen.** Einem wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht die Poliklinik für gerichtliche und versicherungswirthschaftliche Medizin, welche der Abteilungsleiter am gleichnamigen Universitätsinstitut in Berlin, Luisenstraße 42, Eingang Karlstraße, errichtet hat. Unbenutzte erhalten dort wochentags von 8 bis 9 Uhr morgens unentgeltliche Auskunft und eventuell Begutachtung in Unfall-, Invaliden-, Straßachen usw. Es ist diese Poliklinik die erste dieser Art in Deutschland. Bisher war es armen Unfallkranken, die glaubten, daß ihnen von Seiten einer Berufsgenossenschaft unrecht geschehe, sei es, daß sie glaubten, die Rente sei zu niedrig, oder es stehe ihnen eine Badekur oder speziellärztliche Behandlung zu, nur selten möglich, kostengünstig eine Auskunft über die Aussichten eines Rechtsstreites zu erhalten. Früher war das ja auch für die Kranken nicht so schwierig, denn ohne daß ihnen Kosten erwachsen, konnten sie die Entscheidung des Reichsgerichts oder des Reichsversicherungsamts antragen. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung tritt aber eine wesentliche Veränderung ein. Wenn ein Verletzter in den höheren Instanzen unterliegt, so können ihm die oft erheblichen Kosten des Rechtsstreites ganz oder teilweise auferlegt werden. Schon aus diesem Grunde sollten alle Unfallkranken, die aus pekuniären Gründen einen Arzt nicht besuchen können, von obiger Einrichtung ausgiebigen Gebrauch machen.

**Eine Beschimpfung der deutschen Arbeiter leistet sich, wie schon oft, die in Geestemünde erscheinende Deutsche Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe". In einem Artikel "Amerikanische und deutsche Arbeiter", der von Kenntnis wenig getrübt ist, schreibt das Blatt:**

"Die Überlegenheit der amerikanischen Arbeiter über die deutschen ist in letzter Zeit vielsach hervorgehoben worden. Der Lohn des amerikanischen Arbeiters erreicht im allgemeinen die höchste Höhe von dem in Deutschland üblichen, manchmal noch mehr. Nun verursachen all die täglich notwendigen Lebensmittel wie die Kleidung in Amerika seine höheren Ausgaben als in Deutschland. Folglich muß er teurer schenken. Der deutsche Arbeiter kann auch über sich erzielen, wenn er will; er weiß zu meist auch ganz genau, was er mit dem Lebenschuh anlangt, er verzinkt ihn. Anders der Amerikaner: er gibt viel mehr für seine Wohnung aus, er sieht eine solche geräumig und bekommt, für ihre Ausstattung ist ihm nichts zuviel. Er trinkt viel mehr Tee als der deutsche Arbeiter, der fast nur alkoholische Getränke kennt. Dafür gestattet sich der amerikanische Arbeiter eine Aufbesserung beim Essen: Braten, Pasteten, Pudding, etwas Dessert sind nichts Seltenes bei ihm; seine Frau kann aber auch kochen. Aber auch in der Kleidung geht er um einen Grad höher, so daß er mit seiner Familie mehr einen selbständigen kleinstädter vorstellt."

Das sagt das Heftblatt, denn anders kann man das Blatt nicht nennen, ganz allgemein, so daß man annehmen sollte, die deutsche Arbeiterschaft sei eine einzige Herde von Trunkenbolden. Wie würde das Blatt sich entkräften, wenn wir die Unternehmer in ähnlicher Sinne charakterisieren wollten. Denn wenn in der Periode von 1883 bis 1905 auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland 6,14 Liter Wein entfallen, in Nordamerika aber nur 1,64 Liter, so haben diesen bei uns doch wahrlich die Arbeiter nur zum allergeringen Teil getrunken. Und es gibt manche Unternehmer, die ihren Arbeitern durchaus kein gutes Beispiel geben. Bezüglich des Alkoholgenusses sehr Deutschland unter den Kulturländern an siebenter Stelle, Nordamerika an neunter. Damit soll nicht gesagt werden, daß in Deutschland nicht noch zuviel getrunken würde. Aber daran tragen alle schuld, hoch wie niedrig. Während sich jedoch in Deutschland eher ein Sinsen im Alkoholverbrauch bemerkbar macht, ist in Nordamerika ein Steigen zu verzeichnen. Das aber auch die deutschen Arbeiter nicht sparen würden, dem stehen die Nachweise der Sparkassen gegenüber. Beide kann ein großer Teil nicht sparen, da ein frauigeres Unternehmertum ihnen einen Lohn zahlt, von dem sie kaum des Lebens Notdurft bestreiten können. In dieser Beziehung stehen die nordamerikanischen Unternehmer kaum hoch über den deutschen Fabrikanten, die nur dann mit Profit glauben produzieren zu können, wenn sie ihren Arbeitern recht niedrige Löhne zahlen.

Die Sichtstellung des Blattes, "seine Frau kann aber auch kochen", läßt den Schluss zu, die deutsche Arbeiterfrau könne das nicht so gut. Leider trifft's in vielen Fällen zu, daß Arbeiterfrauen nicht kochen können, und warum? Weil sie ihre Jugend hinter Fabrikarbeiten verbracht haben müssen. So manches Unternehmertöchterlein kann aber auch nicht kochen, obwohl es Zeit und Gelegenheit dazu hätte. Statt dessen sieht es unser Herr Gott die Tage ab. Im allgemeinen aber gilt die deutsche Hausfrau, und das sind heute vorwiegend Arbeiterfrauen, für vorbildlich in der Welt.

Mit dem Geestemünder Schafsmaschinenkraft sich über die Kosten der amerikanischen Lebenshaltung auszutauschen, ob dieselben im gleichen Geldwert nicht höher sind als bei uns, überhaupt über den Geldwert zwischen hier und dort, das erachten wir für zwecklos. Denn wer einem solchen Artikel überhaupt Aufnahme gewährt, der hat die Grenze des Zulässigen überschritten — und gegen Unmoralität kann selbst Götter vergebens.

## Allgemeines.

**Die Internationale Baufach-Ausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913.** Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß die sämtlichen Büros der Internationalen Baufach-Ausstellung mit Sonderaus-

stellungen durch die ganze Länge des Osenzylinders, aus dessen unterem Ende es als erbsengroßer Klinkergries in die Klinkermühle fällt, die schließlich das fertig gebrannte und gefühlte Material abgibt.

Der Drehofen wird mittels Staublohr, gemahlener Steinlohr, geheizt, die durch einen Zuleiter in den Ofen geblasen wird. Die Kohlenzufuhr geschieht durch eine Schnecke und wird nach Bedarf geregelt. Das Gefüge, ein sog. Exhauster, jährt die warme Luft aus der Kühltrömmel an und bewirkt so außer sichtbarer Abführung des fertig gebrannten Materials ein Vorwärmern der Verbrennungsluft für die Brenntrömmel.

Die Brenntrömmel hat ein inneres Futter aus Schottersteinen. Der vordere Teil der Brenntrömmel, der sog. Osenkopf, ist sahbar, damit er bei einer erforderlich werdenden Ausbesserung des Osenfutters ohne Schwierigkeit zur Seite gerückt werden kann. Die Kühltrömmel ganz aus Eisen gebaut und hat innen Röhren aus Eisen, die das fühlende Gut anheben und verteilen und zur schnelleren Kühlung beitragen. Zur Beschleunigung der Kühlung wird zudem noch Wasser in die Kühltrömmel geleitet.

Die Vorteile des Drehofenbetriebes sind verschiedenartig. Man spart an Arbeitslöschen, ergibt einen durchaus gleichmäßigen Brand und erreicht eine schnelle Herstellung des Fertigfabrikates; auch ist der im Drehofen gebrannte Zement von besserer Qualität als der im Schachtofengebrannte, namentlich soll er eine höhere Druckfestigkeit besitzen. Ob eine Verminderung der Herstellungskosten eintritt, ist fraglich, da man beim Drehofenbetriebe etwa 40 Prozent Brennstoff mehr gebraucht als beim Schachtofen. Doch hat im Laufe der Jahre eine Fabrik nach der anderen Drehofen gebaut, um in der Güte des Zements konkurrenzfähig zu bleiben.

Beim Mahlen des im Drehofen gebrannten Gutes kommt dieses sofort in die Kugelmühle gelangen, ohne zu Maultreher passieren zu müssen, da die Körner nur eine Größe bis Kugelgröße haben.

Aus der Kugelmühle gelangt der fertige Zement in Silo, in dem er bis zur Verpackung lagert. Der Per-

sand geschieht in "Normalfäßern" — Tonnen genannt — von 120 Litern oder 170 Kilogramm netto bzw. in Normalfässern von 40 Litern oder 57 Kilogramm und in Säcken von 60 Litern oder 85 Kilogramm netto. Das Einfüllen des ausgepeckerten Portlandzements in Fässer erfolgt auf sog. Rüttelpfosten, die durch Maschinenkraft heftig auf und ab bewegt werden, wodurch die Packung sehr dicht wird. Die Farbe des Portlandzementes entspricht dem schon erwähnten English Portland, grau mit einem Stich ins Grüne, seltener ins Gelbe. Je särker der Beigang der Klinker, desto besser die Auslese, desto schöner das Grau und der Stich ins Grüne. Das spezifische Gewicht des Portlandzements (Verhältnisgewicht zur gleichen Raummenge Wasser) beträgt für losen Zement 1,3 bis 1,4, für Zement in gerütteltem Zustande 1,6 bis 1,8. Die Mähsfeinheit des Portlandzementes soll derart beschaffen sein, daß er am Netzmaßstab mit 0,11 mm Drahtstärke und 900 Maschen pro Quadratzentimeter einen Rückstand von 1,5 bis höchstens 10 v. H. zurückläßt.

Für jene Fabrikate, die aus den bezeichneten Rohmaterialien in der hier beschriebenen Weise hergestellt werden, ist zur Verhütung von Fälschungen der Name "Portlandzement" unter hebdlichen Schutz gestellt. Die Portlandzementwerke können daher solche Firmen, die andere, wenn auch gleich gute Fabrikate als Portlandzement in den Handel bringen, wegen unlauteren Wettbewerbes verklagen. Herstellungsverfahren und erforderliche Eigenschaften des Portlandzementes sind durch sog. "Normen", also Vorschriften, durch Ministerialerlaß vom 28. Juli 1887, 23. April 1897 und 19. Februar 1902 festgelegt. Die Vorschriften erstrecken sich auf Verpackung und Gewicht, Bindeweit, Volumenbeständigkeit, Feinheit der Mahlung, Festigkeitsproben und Zug- und Druckfestigkeit. In den Normen ist auch die Art und Weise bestimmt, in der zu untersuchen ist, ob ein Portlandzement den festgelegten Bedingungen entspricht.

**Der „Einfluss“ der 110.** Daß die großen Versprechungen der Sozialdemokratie vor den Wahlen ihrem tatsächlichen Machtverhältnis im Reichstag nicht im mindesten entsprechen, bestätigt wieder „Genosse“ Koll-Karlsruhe, indem er in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 18-20) schreibt:

„Im Ernst wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Mandatsverschiebung bei den letzten Reichstagswahlen die politische Signatur geändert hätte. Im einzelnen machen sich die 110 Mandate wohl bemerkbar, ihr Einfluß auf die politische Gesamtlage ist äußerst gering, sofern man da von einem Einfluß überhaupt reden kann. Die Sozialdemokratie bestimmt die heutige Politik heute so wenig, wie sie es vor den Wahlen getan hat, und dabei bleibt es auch, wenn sie noch mehr Stimmen und noch mehr Mandate erobert hätte. Ihre politische Macht ist in der Hauptstadt negativ abwehrend, positiv kann sie sich so lange nicht in entsprechender Weise durchsetzen, als die Sozialdemokratie an ihrer grundlegenden Regierung des heutigen Staates festhält.“

Denjenigen aber, die von der Sozialdemokratie bald so etwas wie eine Weltumbewegung erwarten, kann man angesichts dieser Worte nur zutun: Lasset alle Hoffnung ruhen, die . . . !

\* \* \*

**Vom angeblichen Zusammenbruch der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier** handelt ein Artikel in Nr. 37 des sozialdemokratischen „Correspondenzblatt“. Nur ein Drümmerhausen gäbe noch Runde von der folgenden Armee von 20 000 Mitgliedern. Der Artikel schreibt weiter als Beweis seiner Behauptungen an, daß vier Zehntausend im April 1911 noch 3152 A Einknahme gehabt hätten, im April 1912 dagegen nur eine solche von 744,40 A. Es ist nicht bestritten worden, daß sich im Saarrevier durch die zahlreichen Abmilderungen und durch den mit beschließenden Gesetzen geführten Reichstagswahlkampf ein momentaner Rückgang der christlichen Gewerkschaften sie und da bemerkbar gemacht hat. Von einem „Zusammenbruch“ der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier kann natürlich keine Rede sein. Der „Genosse“ und der „Gelehrte“ französischer Wunsche geht allerdings schon seit gewisser Zeit nach dieser Richtung hin. Nun haben aber gerade die Saarbergleute, auf die der Artikel hindeutet, ebenso wie die Bergarbeiter in ihrer weitaus größten Mehrzahl ein glänzendes Vertrauensvotum abgelegt. Schon jetzt finden zurzeit die knapp 15000 Saarbergleute im Saarrevier statt. Solche Wahlen sind für das Saarrevier geeignet, der Offizialität zu zeigen, welche Arbeitsergebnisse die Bergleute an der Saar das größte Vertrauen entgegenbringen.

Von 109 ab wählenden Städten hat der Gewerksverein 68 erreichten, die gesamten Gegner 23. Gegen 18 Abstimmenden partizipieren. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter ist an 11 Städten vertreten. Die Gegner haben nicht an jedem Städtewahltag, so in mehreren drei Mitglieder des Gewerksvereins abgegeben. Die Zweidrittelmehrheit (68 Städte), in dem Gewerksverein auch in den nächsten fünf Jahren steht. Seitdem häufig war der Endkampf am 24. September, wo noch 17 Städte zu wählen waren und der Gewerksverein in neuen Zusammensetzung allen Beifall erzielte hatte. Er besiegte diesen Beifall und trat in noch drei anderen Zusammensetzung seine Kandidaten in Erfüllung. Von den bis einschließlich 15. September gelungenen 78 Städten sind 63 Kandidaten gewählt, so 9 sind Abstimmungen erforderlich. Von diesen 63 gewählten Städten gehören 55 dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an. Das ist schon jetzt die absolute Mehrheit im ganzen Saarlandkreis, da 109 Städte zu wählen sind. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband zählt einen ganzen Haufen, und zwei „rot angezeigte“ sind unter der Gruppe „Arbeitslos Organisierte“ gewählt worden. Von 27 1912 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Partei des ehemaligen Gewerksvereins 16 500, auf die Sozialdemokraten 1083 und 961 Stimmen erhielten die Bergarbeiter und die „Fertiner“ katholischen Arbeiterpartei.

Diese bisherige Saarrealität kann als Zugriff für das Saarrevier, das die spätesten Gewerkschaften bei der verhinderten Teil der Saarbergleute genommen, erachtet werden. Bei der freien die auf die christlichen Gewerkschaften konzentrierte „Zusammenbruch“ und „Zusammenfall“, wie sie jetzt auf die sozialdemokratische Bezeichnung ist Saargetzt zu. Das Werk kann es den freudenden sozialdemokratischen Freien arbeit Saar und Bergbau herstellen, als vom ehemaligen Saarlandkreis die Selbständigkeit abgelaufen. Wie dieser „Zusammenfall“ nun im sozialdemokratischen Lager vollzogen sei, ist ein eingesicherter Punkt gezeigt. Im Dezember 1910 schreibt die Sozialdemokratie I und II in der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ noch mit 217 A. In dem Jahr 1912 gibt es nur noch nach einer Bezirk 207 Bergarbeiter mit einer Abstimmung von 109 A. Daraus ist also über sie halb der Bergarbeiter zum sozialdemokratischen Bergarbeiterverband abgewandert. Nicht leicht ist es mit den „Fertiner“ im ehemaligen Saarrevier, mit gesamten 1114 Wählern jedoch der große Bergarbeiterverband im Jahre 1912 es, da steht allerdings zum „Arbeitslosen“ nicht mehr viel übrig.

\* \* \*

**Die sozialdemokratische Glasfritte. Der endgültige „Sozialistische Reichtum“ für 200.** Die große neue Fertigkeit der Arbeiter befindet sich in einer großen Zahl der Arbeiter und deren eigene Betriebsaufstellung und Betriebsaufstellung eine Arbeitseinheit stellt diese ausgewählte Muster berichtet nicht mehr in einem rein sozialdemokratischen Betrieb, sondern

In der Tat ist die Geschichte der sozialistischen Glashütte von Albi interessant. Ihre Entstehung reicht in das Jahr 1895 zurück. Damals entließ der Direktor einer Glashütte in dem benachbarten Carmaux einen sozialistischen Glasarbeiter, der mit Erfolg bei den politischen Wahlen seine Kandidatur aufgestellt hatte. Die Arbeiter der Glashütten von Carmaux und Albi solidarisierten sich mit dem entlassenen Arbeiter, und zwar er vertrat mit großem Eifer die Sache der ausländigen Arbeiter in der Kammer. Die sozialistische Presse führte gleichzeitig eine Kampagne und sammelte Geld, um den Arbeitern die Mittel zur Gründung einer eigenen Glashütte zu liefern. Der Streit zog sich monatelang hin. Unterdessen waren die Mittel aufgebraucht worden, weil sich in Paris kapitalistische Wohltäter fanden, die große Summen zur Gründung der Arbeiterglashütte beizubringen. Die sozialistische Glashütte von Albi gehört nominell einer Aktiengesellschaft, die in Paris ihren Sitz hat, und in deren Verwaltungsrat die sozialistische Partei und der allgemeine Gewerkschaftsverband vertreten sind. Die Glashütte selbst ist den Arbeitern überlassen, die sie gemeinschaftlich ausbauen. Die Geschäfte der Glashütte entwickelten sich im Laufe der Jahre nicht regelmäßig. Die Fabrik geriet allmählich ins Hintertreffen gegenüber der Konkurrenz, weil sie sich dem Fortschritt in der Industrie nicht anschließen wollte. Infolgedessen mußte wiederholt der Pariser Verwaltungsrat eingreifen. Er schickte auch vor wenigen Jahren einen Vertreter nach Albi, der die Glashütte neu organisierte und ihren Wohl auch in kurzer Zeit wieder beträchtlich erhöhte. Dieser Vertreter des Pariser Verwaltungsrats, der selbst Sozialist ist, gelangte jedoch bald in Konflikt mit den Arbeitern der Genossenschaft, und zwar, wie die Zeitungen erzählen, gerade deshalb, weil er die Kommunisten die Gleichheit unter dem gesamten Personal der Fabrik durchzuführen wollte. Die letzte Maßregel des Direktor-Schreibers Spinetti, des Vertreters der Aktiengesellschaft, bestand darin, daß er die Bezüge aller Arbeiter gleichmachen wollte. Bissher waren z. B. die Frauen in dem Betriebe sehr spärlich bezahlt; sie konnten es nicht einmal auf 2 Francs pro Tag bringen, während die Glasbläser 9-10 Francs verdienten. Spinetti schlug den Arbeitern einen durchschnittlichen Tageslohn von nahezu 6 Francs vor, der nicht nur für die Arbeitstage, sondern auch für die regelmäßigen Ruhtage ausbezahlt werden sollte. Die Gewerkschaft der Arbeiter hat diesen Vorschlag abgelehnt, und da der Pariser Verwaltungsrat auf seine Verhandlungen eingegangen zu sein scheint, haben die Arbeiter die Glashütte erloschen lassen.

Es ist nicht ersichtlich, warum es den Führern der sozialdemokratischen Partei oder den Führern des Gewerkschaftsverbandes nicht gelungen ist, den Konflikt durch eine rechtzeitige Vermittlung beigelegt. Die sozialistische „Humanitas“ hat über den ganzen Vorgang noch nichts berichtet, während der in Toulouse erscheinende „Vidéosocialiste“ schon seit mehreren Tagen über den Konflikt berichtet und die Arbeitnehmer zur Beilegung dieses aufrüttelt.

Ja, ja! Theorie und Praxis.

\* \* \*

**Der rote „Bildungsschutz“ über die konfessionelle Saaranderziehung.** Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz besetzte sich mit der Errichtung und Erziehung der Jugend für die sozialdemokratische Partei. Während einige radikale „Genossen“, wie z. B. Lipinski-Zeipzig, die ganze nichtsozialdemokratische Jugendbewegung als eitel Geschrei bezeichneten, die nichts für die Jugend leiste, war der „Genosse“ Schulz-Berlin, von einem Genossen der „Bildungsschutz“ genannt, ehrlich genug anzuerkennen, daß zur Jugendvorsorge die Verbindlichkeit gehöre, wie man sie gerade in der konfessionellen Jugendbewegung finde. Die sozialdemokratische Jugendbewegung könne eine soziale Persönlichkeit nicht aus der Erde fördern, sie müsse sie heranziehen. Schulz hat eben herausgefunden, daß mit dem katholischen und öden Materialismus der Sozialdemokratie und ihrer negierenden Eigenschaft sich jede sichtliche Erziehungsarbeit bewirkt. Er wird u. E. vergeblich und ergebnislos an die Kirche herangehen, auf Grund des sozialdemokratischen Programms die jungen Leute zu sittlich geistiger Persönlichkeit zu erziehen.

\* \* \*

**Großherzögliches und Zölle.** Nicht überall bekannt ist, welche weiten Bezüge die landwirtschaftlichen Produkte, wie Getreide und Fleisch, heute zu machen haben, ehe sie als Brot und Fleisch in die Hände des Konsumenten gelangen. Großreiche Produktionen und Zwischenhandel führen sich unterwegs ein. Nebenbei gibt es Kosten, Zölle und Abgaben. Die Kosten der Produktion und der Lebenshaltung sind überall gestiegen. Von Interesse ist hier, was der sozialpolitische Wirtschaftspolitiker Dr. Eduard Schulz in der letzten Nummer (18-20) der „Sozialistischen Monatshefte“ aus einer jüngst erschienenen Schrift von Prof. Ritterfeld darüber wiedergibt:

„Der Standpunkt eines wettbewerblich und sozialistisch geprägten Nahrungsmittelmarktes schreibt Großherzöglichkeit über Vollversorgung und Zeuerung (Stuttgart, Kochhäuser). Interessant ist vor allem, was Ritterfeld über die Verbesserung unserer vier Hauptgruppen Nahrungsmittel, Schmalz, Fleisch, Milch, Brot und Kartoffeln, durch den Zwischenhandel sagt. Nach seinen Erhebungen verdienten die Großhändler im November 1911 auf den Einheitspreis der Schweine 33,6 bis 20 Prozent. Zu gleicher Zeit wurde im Durchschnitt der Preisanzeigen aus 58 Städten der Großhändler von den Großhändlern mit 15,1 Prozent des Eder eingekauft und mit 21,4 Prozent verkauft, so daß eine Spannung von 41,7 Prozent bestand. Durch Großhändler sich die Großhändler des Reichs vom 28. März 1912 in Sachen des Arbeiters Emil Haas (Verhandelt in der Einigungskommission am 21. Mai 1912).

Magdeburg, zu 100 Kilo gehandelt (also im Großhandel für durchschnittlich 54 Pfennig pro 1 Kilo, zu 2 Kilo gehandelt (also im Kleinhandel), für 95 Pfennig verkauf. Die Spannung betrug hier also 81,5 Prozent. Die Belastung der Konsumenten durch den Zwischenhandel ist natürlich in den Großstädten am schwersten. Der durchschnittliche tägliche Nahrungsmittelbedarf eines Mannes stellte sich 1911 in der Kleinstadt Wedel auf 71 Pfennig, in Cöln auf 92 Pfennig. Die ganze Nahrung ist also in Wedel im 21 Pf. billiger als 30 Prozent des Aufwands in Wedel oder 23 Prozent des Cölns Aufwands. Was sind hier gegenüber die Ernährung mit 3,5 Prozent belastet den Zölle auf Lebensmittel?“

Wieviel die Spannung zwischen Roh- und Fertigprodukt überall richtig angegeben ist, können wir natürlich nicht nachprüfen. Besonders interessiert uns aber hierbei die Feststellung, wie gegenüber den sonstigen Kosten und Kosten von Produktion und Vertrieb die Zölle ihr Gewicht fallen.

## Wirtschaftliche Bewegung.

**Gesperrt sind: Mülheim-Ruhr** (Sperre über die Firmen Kurth und Hoffmann wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages). **Eldena** (für Plattenleger die Zwischenmeister Geschenk-Lüdinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Herne i. Westf.** (gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger). **Gelsenkirchen** (Plattenleger) (Sperre über die Firma Hünebeck & Co.). **Berlin** (Dachdecker). **26. Juli** allgemeine Dachdeckerauspaltung. **Bitterfeld** (Sperre über die Firmen Garson jr. und sen. wegen Maßregelung). **Sassenbüren** (Sperre über den Bauunternehmer Busmann wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages). **Wanne** (Sperre über die Firma Leonhardt aus München über den Schleusenneubau am Rhein-Herne-Kanal). **Hamm (Westf.)** (Streik der Stoffarbeiter). **Bremen** ist fernzuhalten.

## Schiedsrichterliche Entscheidungen

**Protokoll der Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe**

Essen, den 16. September 1912.

Univocend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Erbe-Essen a) als Unparteiischer: Christian Kloß-Essen b) als Mitglieder des Einigungsamtes: Arbeitgeber: a) Schmiedehaus-Essen, Th. Benning-Bövinghausen, d) Vieh-Essen; Arbeitnehmer: Th. Häuschen, W. Koch-Böchum, F. Werner-Paderborn, F. Kahl, H. Otto-Dortmund, B. Janzen-Düsseldorf; c) als Auskunftspersonen: Arbeitgeber: A. Schumann-Hamm, Löne, von der Firma Steinwachs u. Schöppen-Dortmund, Egen, vor der Firma Collin u. Brandt-Dortmund; Arbeitnehmer: E. Mühl-Cöln, B. Müller-Münster; d) als Protokollführer: Oberstadtssekretär Witz-Essen. Entschuldigt fehlender Bürgermeister von Bedelsdorf-Gelsenkirchen, H. Walter-Röhlinghausen.

Borschender eröffnete die Sitzung und sprach den Organisationsleitern seinen Dank aus für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Er verspricht, die Verhandlungen nach bestem Gewissen unparteiisch zu leiten, und bittet die Organisationsleiter, ihn in seinem neu übernommenen Amt nach Kräften zu unterstützen.

Sodann wurde in die Verhandlungen eingetreten:

1. Beschwerde der Zimmerer Sieker und Boppensieker gegen den Zimmermeister H. Schumann zu Hamm wegen Lohnabzug. Herr Schmiedehaus hat, diesen Punkt bis zum Ende seines des Herrn Schumann zurückzustellen.

2. Antrag des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Rheine, auf Entscheidung einer Streitsache zwischen dem Bauhilfsarbeiter Kahl und dem Bauunternehmer B. Elting-Rheine wegen kündigungloser Entlassung.

Nachdem Borschender den Sachverhalt vorgetragen, führt Herr Müller zur Begründung aus, daß die Arbeitnehmer der Ansicht seien, daß dem Bauhilfsarbeiter Kahl von Herrn Elting-Rheine nicht gekündigt worden sei. Nach ihrer Ansicht habe es sich nur um eine Ermahnung zur besseren Arbeitsleistung gehandelt, um in dem Ausspruch: „Sie müssen sich um andere Arbeit kümmern“ liege keine ausgesprochene rechtliche Kündigung.

Herr Schmiedehaus ist der Ansicht, daß eine ordnungsmäßige Kündigung erfolgt sei, zumal, wie aus einem Schreiben des Herrn Elting hervorgehe, dem Kahl ausdrücklich geagt worden sei: „Sie müssen sich um andere Arbeit kümmern, am Samstagabend müssen Sie auf hören.“ Auch seien dem Kahl am Samstag durch Herrn Elting persönlich die Entlassungspapiere und Lohn auf der Poststelle ausgehändigt worden, und seien von ihm keinerlei Einwendungen erhoben worden. Bezeichnend sei auch, daß Kahl am Freitagabend die Arbeit eine Stunde früher verlassen habe, mutmaßlich, um sich andere Arbeit zu suchen. Da die Behauptung des Herrn Elting, er habe beim Kahl geagt, am Samstag müsse er auf hören, nicht erwiesen ist, schlägt Borschender vor, die Angelegenheit zwecks Beilegung der Behauptung an die Schlichtungskommission Rheine zurückzuverweisen.

Einigungskommission erklärt sich hiermit einverstanden, jedoch der Schlichtungskommission aufzugeben, die Angelegenheit innerhalb 4 Wochen zu erledigen.

3. Vorwurf des Firmen-Collin u. Brandt-Dortmund gegen die Entschuldigung der Schlichtungskommission Ahlen vom 28. März 1912 in Sachen des Arbeiters Emil Haas (Verhandelt in der Einigungskommission am 21. Mai 1912).

Borschender verlas das eingegangene Schreiben der

Firma gegen das Urteil der Schlichtungskommission Ahlen vom 28. März 1912 unter dem 17. April 1912 bei dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission Ahlen, Herrn W. Krämer, Berufung eingesezt hat.

Das Einigungsamt habe in der Sitzung vom 21. Mai 1912 die Angelegenheit verhandelt und die Firma zur Nachzahlung des Lohnes an den Bauarbeiter Haak verpflichtet. Seitens der Arbeitnehmer wird geltend gemacht, daß diese Angelegenheit für das Einigungsamt erledigt sei, da die nach der Geschäftsordnung zu wahrnehmende Berufungsfrist von 8 Tagen nicht eingehalten worden sei. Auch komme es der Firma Collin u. Brandt in der Haupstache darauf an, von der Schlichtungskommission ein begründetes Urteil zu erhalten, es sei daher kein Grund vorhanden, den Arbeiter Haak auf die Auszahlung des rückständigen Lohnes warten zu lassen.

Herr Schmidelhaus ist der Ansicht, daß dem Beschlüsse der Schlichtungskommission, wonach die Angelegenheit an das Einigungsamt verwiesen werden sollte, falls die Firma die Zahlung verweigerte, entsprochen werden müsse.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird über die Frage, inwieweit das Einigungsamt sich nochmals mit dieser Angelegenheit zu befassen hat, abgestimmt, wobei durch Mehrheitsbeschluß die Entscheidung des Einigungsamts vom 21. Mai 1912 als endgültig anzusehen ist, da die Firma Collin u. Brandt die Berufungsfrist nicht gewahrt hat. Der Einwand der Firma, auf ein begründetes Urteil der Schlichtungskommission gewartet zu haben, ist dadurch hinfällig, als in dem Beschluß ausdrücklich zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die anwesenden Polizei der Firma Mitteilung zu machen hatten, was auch, wie von dem Vertreter zugegeben, geschehen ist.

Der Firma soll hieron Mitteilung gemacht werden. Nachdem Herr Schumann erschienen, wurde Punkt 1 verhandelt:

Nachdem Vorsitzender die Beschwerde vorgetragen, gibt Herr Janzen die Erklärung ab, daß die Beschwerde unbegründet sei, worauf seitens des Einigungsamts die Klage zurückgewiesen wird.

4. Antrag der Schlichtungskommission Dortmund auf Entscheidung der Streitsache der Arbeiter Weiß und Bredt gegen die Firma Steinwachs u. Schöpper wegen nicht tarifmäßiger Bezahlung. (Bereits in der Einigungsamtssitzung vom 21. Mai 1912 verhandelt.)

Vorsitzender leistet mit, daß diese Angelegenheit das Einigungsamt bereits in der Sitzung vom 21. Mai 1912 beschäftigt habe. Die Sache sei seinerzeit zur erneuten Besetzung an die Schlichtungskommission Dortmund zu überwiesen. Es sei aber in einer Schlichtungskommissionssitzung am 1. August 1912 zu keiner Besiedigung gekommen, weshalb nun das Einigungsamt erneut zu dieser Streitfrage Stellung nehmen solle.

Herr Otto führt hierzu folgendes aus:

Die Schlichtungskommission Dortmund habe die Bausiedlung der Firma beschuldigt und festgestellt, daß die Arbeiter Weiß und Bredt in der Haupstache mit Abladen von Waggon beschäftigt gewesen sind und daß sie hierfür einen Stundenlohn von 45 Pf. vereinbart hätten. Es sei zu entscheiden, ob diese Arbeiten unter den Tariffallen, da nach ihrer Ansicht alle Arbeiter, welche an einem Bau beschäftigt würden, als Bauhilfsarbeiter anzusehen seien.

Herr Schmidelhaus führt aus, daß in dieser Streitsache keine prinzipielle Entscheidung getroffen werden könne, es müsse vielmehr von Fall zu Fall entschieden werden, da die Verhältnisse in jedem einzelnen Falle geprüft werden müssten.

Herr Kloß ist ebenfalls der Ansicht wie Herr Schmidelhaus, es sei jedoch in diesem Falle erwiesen, daß die mit Abladen der Waggon beschäftigt gewesenen Arbeiter in der Haupstache nur diese Arbeit verrichtet haben und daher als Bauhilfsarbeiter zu entlönen seien. Auf Vorschlag des Vorsitzenden entscheidet das Einigungsamt durch Mehrheitsbeschluß, daß die von den Arbeitern Weiß und Bredt bei der Firma Steinwachs u. Schöpper ausgeführten Arbeiten unter den Tarifvertrag fallen und als Bauhilfsarbeiter zu entlönen sind.

Die auf der Nachtragstagesordnung zu verhandelnden Punkte:

1. Beschwerde des Deutschen Bauarbeiterverbandes gegen die Firma Basse & Selve in Altena wegen Nichtachtung eines Beschlusses des Einigungsamts, und 2. Beschwerde desselben Verbandes gegen die Firma Wilhelm Hunke zu Werohl in Altena wegen Nichtachtung eines Beschlusses der Schlichtungskommission werden nicht verhandelt, weil mittlerweile eine Regelung dieser Streitsachen erfolgt sein soll.

Die Vertreter der Arbeitnehmer-Organisationen sollen dieserhalb Erklärungen einzuziehen.

Dr. Erbe. Wirt.

## Verbandsnachrichten.

Schlichtungskommission hat sofort nach Eintritt in die Sitzung empfohlen, dasselbe sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Der Bericht darf nur auf einer Seite geschrieben werden und es muss an einer Seite ein ca. preisgekennzeichnetes Kästchen freibleiben für notwendige Korrekturen.

**Bir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß im Sonntag, den 15. Oktober, der dreitündigste Wochenbeitrag fällig ist.**

**Kettwig.** Die Konjunkturverhältnisse lagen in diesem Orte längere Zeit sehr danieler. Gestern vorigen Wochen hat man einen größeren Bau begonnen, Lehrerseminar. Es ist nun möglich geworden, mit einiger Kollegen eine Anzahl bisher noch unorganisierter Bauarbeiter für unsern Verband zu gewinnen. Nach

einer vorausgegangenen Agitation der Verbandsleitung von Essen fand am 25. September eine Versammlung statt. Kollege Kirschner-Essen besprach kurz die Notwendigkeit der Organisation in unserem Orte unter Hinweis auf die kommende Tariferneuerung. Es wurden in der Versammlung fünf Kollegen aufgenommen, so daß die junge Zahlsstelle jetzt circa 30 Kollegen zählt. Als Vorstandsnachfolger wurden gewählt: H. Klapproth, erster Vorsitzender, Joh. Otto, zweiter Vorsitzender; U. Weiß, erster Kassierer; H. Graul, erster Schriftführer, H. Schneemann, zweiter Schriftführer; Cl. Hartmann als Vertrauensmann, Jos. Schlundt als Türkontrolleur. Alle Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen, ihre Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Nachdem die Wahl des Kandidaten zur Generalversammlung vorgenommen und einige geschäftliche Sachen erledigt waren, fand Schluß der Versammlung um 10½ Uhr statt. Mögen die kettwiger Kollegen Ausdauer in ihrer Agitationsarbeit haben, dann werden auch sie zum geplanten Ziele kommen.

**Neusiedl.** Die Nr. 37 des „Grundstein“ bringt eine Erwiderung auf meinen Artikel in Nr. 35 der „Baugewerkschaft“, der mich nochmals veranlaßt, darauf zu antworten. Auf meine Frage in der „Baugewerkschaft“, wo wir den „frei“ Organisierten Schwierigkeiten gemacht hätten, antwortet der „Grundstein“, daß man dem Kollegen Palm bei einer Bautenkontrolle ziemlich überall Auskunft gegeben habe, nur nicht dort, wo alles christlich organisiert gewesen sei. Nun hat die Leitung unserer Zahlstelle immer darauf hingewiesen, daß unsere Kollegen bei Aufnahmen von Statistiken, Bautenkontrollen usw. die gewünschte Antwort geben sollen, ganz gleich, von welcher Organisation der Betreffende auch sei. Wir sind auch überzeugt, daß unsere Kollegen überall die Fragen des Kollegen Palm beantwortet haben, und wenn dieses nicht an dem Bau der Kinderbewahrschule geschehen ist, so verurteilen wir das scharf. Aber wie liegt die Sache? Palm hat schon verschiedentlich versucht, Kollegen von uns zum Übertritt zu bewegen; und auch zu dieser Gelegenheit hat er geglaubt, einen Fang machen zu müssen, so nach auf einer Baustelle in Reinschagen, und wer so arbeitet, muß versichert sein, auch schon einmal eine gründliche Abfuhr zu erhalten. Aber man sollte für das Verhalten eines überzeugten Kollegen nicht die ganze Zahlstelle verantwortlich machen, wie das der „Grundstein“ zu tun beliebt. Eine Erwiderung darauf, daß wir in die Heimat derjenigen berichten, die sich nicht vom Deutschen Bauarbeiterverband zu uns überschreiben lassen und dann von den Verwandten und Geistlichen bedroht würden, sie dürfen nicht mehr nach Hause kommen, halte ich für überflüssig. Weiter meint der „Grundstein“, ein Hinweis auf den Neubau der Konjunktionsgesellschaft sei nicht angebracht gewesen. Die Christlichen hätten immer dort gearbeitet und sie gehörten fast ausnahmslos dem Konsumverein Wohlfahrt an usw. Wie ist aber die Sache? Ein einziger von den dort beschäftigten Kollegen gehörte der Wohlfahrt an, alle anderen sind Zugereiste und hier in Logis. Ein großer Teil der hiesigen Vorsteher ist in der Einigkeit, und somit unterstützen unsere Kollegen indirekt dieselbe. Das schon allein wäre Grund genug gewesen, unsere Leute dort arbeiten zu lassen. Hat man doch sogar einem Mitglied der Einigkeit das Arbeiten dort verboten, weil er nicht „frei“ organisiert war. Wenn nun jetzt der „Grundstein“ schreibt, daß die ausführende Firma die Verpflichtung übernommen hätte, nur Genossenschaftsmitglieder und „frei“ Organisierte zu beschäftigen, so sagt das doch nichts anderes, als daß unsere Kollegen dort nicht arbeiten sollten. Und als ich mich persönlich wegen des Ausschaltens unserer Leute bei einem Vorstandsmittel beklagte, wurde mit gesagt, daß nur Konsummitglieder bevorzugt werden sollten, vom Organisiert-Sein sei gar keine Rede gewesen. Warum denn nicht gleich die Wahrheit gesagt? Und wenn der „Grundstein“ schreibt, wir seien nicht ausgeschaltet worden, so ist das nicht ganz ehrlich. Erst war eine Verhandlung mit dem Unternehmer, und als kurz nach derselben unsere Kollegen den Bescheid von denselben erhielten, nach einer anderen Baustelle zu gehen, da haben die Kollegen gestragt, warum das denn; man möge ihnen doch keinen Wein einschenken, und die Antwort war: geht schon mal vorläufig dahin, bis sich die Sache hier gelegt hat; vielleicht kommt ihr doch wieder später hier arbeiten. Also! Und wenn ich in der „Baugewerkschaft“ darauf hinwies, daß bei dieser Firma die Christlichen heraus mühten, damit war nicht die Firma Klasberg, sondern die Firma Heilmeyer gemeint, wo man auch einem unorganisierten, aber doch zu uns gehörenden Kollegen in der Mittagsstunde den Gürtel zer schnitten hatte. Und wo man unseren Kollegen die Zeit ansieht: bis dahin mußt du dich umschreiben lassen, was bei der Firma Sassenhausen (Umbau Alleestraße). Was nun die gemeinschaftliche Aussprache vor jener Schlichtungskommissionssitzung anzeigt, so irrte sich der „Grundstein“, wenn er schreibt, wir seien diejenigen gewesen, welche dem nicht nachgekommen seien, und mein Antrag, welcher die Unterschriften beider Organisationen zur Schlichtungskommissionssitzung verlangt, ist nicht erst eingelaufen, als der Bericht im „Grundstein“ stand, sondern schon nach der Sitzung im Falle Leutinger-Schmidt, und weil man diejenigen nicht nachkam, habe ich eine Aenderung der Geschäftsvorordnung beantragt, die meinem Antrag Geltung verschafft. In der Sitzung war man „freier“ jeits auch damit einverstanden, in einer darauffolgenden Besprechung auch, und jetzt schreibt der „Grundstein“, wir können den Antrag nicht annehmen. Was man das vertragliche Verhältnis anlangt, so stehen wir auch immer noch auf dem Standpunkt, daß beide Organisationen mit- und nebeneinander arbeiten müssen. Wenn man aber so mit unseren Kollegen verfährt, wie oben geschildert, wird man uns auch auf dem richtigen Platz finden.

Jos. Mergenthal.

**Schleiz.** Am Montag, den 23. September, hielt eine kombinierte Vorstandssitzung ab. Auf der Tagesordnung stand „Gründung eines Ortskartells“. Nach dem Kollegen Hildebrand-Berlin den Zweck eines Kartells

erläutert hatte, wurde auch hier am Orte zur Gründung eines Kartells geschritten. Der Beitrag wurde vorläufig auf 10 Pf pro Jahr festgesetzt. In den Vorstand wurden die Kollegen Hollmann (Hilfs-Transp.) als Vorsitzender, Sachs (Zimm.) als Kassierer, Schmidt (Metallarb.) als Schriftführer gewählt. Hoffen wir nun, daß durch die Gründung des Kartells auch hier in Schleiz die Agitation besser betrieben werden wird, damit alle bestehenden Ortsgruppen an Mitgliedern zunehmen. Auch wird das Kartell bei den sozialen Wahlen tätig sein, hierzu Führung mit den anderen am Orte bestehenden christlich-nationalen Vereinen suchen.

**Sollingen.** (Maurer und Hilfsarbeiter.) Unsere Zahlstelle hielt am 28. September eine anregend verlaufene Versammlung ab. Im Anschluß an ein Rundschreiben des Kollegen Weinholz wurde auf Anregung der Kollegen Lange und Müller die Agitation beprochen. Vor allem soll etwas mehr unter den Erdarbeitern agiert werden. Kollege Bastian gab den Bericht von der Sitzung des sozialen Ausschusses. Er hob besonders die Beteiligung an den studentischen Unterrichtskursen hervor. Er ermahnte die Bauarbeiter, sich stärker an diesen Kursen zu beteiligen. Sodann wurde die Wahl der Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Es erhielten Th. Selbach 21 Stimmen, Vollmer 21 Stimmen. Als Delegierte der Verwaltung wurde der Kollegen Gotthard, Bodenbergs, Müll. und Becker gewählt. Eine lange Diskussion entpann sich über die Veranstaltung eines Stiftungstisches aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens. Während sich einige Kollegen für die Abhaltung eines gemütlichen Abends aussprachen, wollten andere ein Fest mit Tanzbelustigung. Die Angelegenheit wurde dem Vorstand und dem Festkomitee überwiesen. In das Festkomitee wurden gewählt: Franz Müller, Schilling, Bodenberg, Keul, Bastian und Selbach. Es wurde dann noch bekannt gemacht, daß am Mittwoch, den 16. Oktober, eine außerordentliche Versammlung stattfinden soll, in der der zweite Zentralvorsitzende, Schmidt-Berlin, einen aktuellen Vortrag halten wird. Jeder soll für starke Besuch der Versammlung agieren. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Versammlung recht ansehnlich verlaufen sei, und ermahnte die Kollegen, sie auch in Zukunft recht regelmäßig zu besuchen.

## Stukkateure.

**Bonn.** Am 29. September hielt unsere Ortsgruppe ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Böhnen, wies einleitend darauf hin, daß jeder Kollege alle Verantwaltung habe, die Versammlung pünktlich zu besuchen. Nur dann könnten alle Verhältnisse besprochen und geregelt werden, das durch sei die gegenwärtige Unterstützung möglich.

Kollege Franke gab den Bericht von der am 22. September stattgefundene Verwaltungsstellen-Konferenz. Er besprach die Wahl des Lokalbeamten, wozu der Kollege Selbach aus Elberfeld mit Stimmenvorbehalt gewählt sei. Er ermahnte die Kollegen, denselben nach Möglichkeit zu unterstützen. Sodann wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Einstimmig wurde der Kollege Thiemeyer-Aachen gewählt. Der Kollege Ruth gab darauf den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Revisoren befürworteten, daß die Kasse in bester Ordnung sei, worauf einstimmig die Entlastung erteilt wurde. Kollege Franke hob hervor, daß das Kassiereramt, infolge des weitverzweigten Gebietes, große Mühen verursache, und dankte dem Kollegen Ruth für die umsichtige Geschäftsführung. Dem folgte die Versammlung zu. Anschließend an den Kassenbericht wurde nach längerer Diskussion einstimmig beschlossen, wie im vorigen Winter, so auch dieses Jahr, während der Wintermonate 30 Pf. pro Woche zu zahlen. Davon sollen 20 Pf. an die Verwaltungsstelle und 10 Pf. an die Lokalkasse abgeführt werden. Es wurde dann angeregt, am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags, eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, in der ein Mitglied des Zentralvorstandes von Berlin sprechen soll. (In der Versammlung wird der 2. Zentralvorsitzende, Schmidt-Berlin, erscheinen.) Jeder soll für starke Besuch dieser Versammlung agieren. Der Vorsitzende, Kollege Böhnen, wies noch darauf hin, daß die tarifliche Arbeitszeit mit dem 16. Oktober eine Änderung erfuhr, und forderte auf, die Arbeitszeit genau nach dem Tarifvertrag innerzuhalten.

## Zimmerer.

**Düsseldorf.** Das sozialdemokratische Zimmererorgan bringt in der Nr. 39 eine Erwiderung über die Flegelien, welche sich „Genossen“ gegenüber unseren Mitgliedern bei dem Zimmermeister Garthoff in Weisholz erlaubt hatten. Wir würden von dieser Verlegenheitsnotiz wenig Aufhebens machen, wenn nicht dabei die Wahrheit geradezu stranguliert worden wäre. Vorweg sei bemerkt, daß in dem Laborat das Wort „Christen“ (in Gänsefüßen) nicht weniger als neunmal wiederkehrt. Den Mitgliedern des roten Zimmererverbandes sollte diese Notiz zur Information dienen, wie der Artikelschreiber sagt, daher können wir ihm auch keine mildernden Umstände zulassen. Er sagt, der freie Zimmererverband habe mit Garthoff Differenzen gehabt wegen Nichtzahlung des Bandgeldes und habe daher die Sperrre verhängen wollen. Garthoff sei daher nach dem Paulushaus gegangen, um sich christlich organisierte Zimmerer zu erbitten. Die Zeitung des christlichen Verbandes habe ihm auch weiße Zeppen, und zwar solche, die auf den tarifmäßigen Satz von 80 Pf. für Mittagessen verzichteten. Hier ist direkt die Unwahrheit gezeigt. Der Leitung des christlichen Verbandes waren die Differenzen bei Garthoff von vornherein gar nicht bekannt. Wenn Firmen sich an uns umzuleben, so ist das keine besondere Erscheinung. Dieses geschieht täglich, und können wir daher auch nicht immer Schlimmes wittern. Daß die „Genossen“ das Arbeitsmonopol gern allein haben möchten, ist uns längst bekannt. Warum verändert sich bei Differenzen der sozialdemokratische Zimmererverband nicht mit der Zeit?

fung der Ortsverwaltung unseres Verbandes? Bei den übrigen Verbänden wird dies doch so gehandhabt. Aber du sagt man lieber: „Wir deutschen Zimmerer — —“ Wenn nun unsere Kollegen ihren Wohnort nach Reisholz verlegen wollten, weil sie Junggesellen sind, so sind ihre Ausführungen auf der Arbeitsstelle wohl zu verstehen, und niemand kann ihnen einen Strick daraus drehen. Sie waren eben im guten Glauben, in diesem Falle nichts beanspruchen zu können. Wie machen es denn die „Genossen“? Sie arbeiten ebenfalls in Reisholz und Soltzhausen, lassen sich dort einstellen, verzichten vorerst fünf Wochen auf die Zulage, und dann unterschreiben sie eine Sonderabmachung, wonach sie nur für dort eingestellt und auch wieder entlassen werden, um gleich darauf wieder von derselben Firma für die Stadt eingestellt zu werden. Diese Angelegenheit stand zur Beurteilung vor der letzten Schlichtungskommissonsitzung, und die „Genossen“ mußten sich von den Meistern sagen lassen, daß solche Abmachungen durch genügende Ausfläutung verhindert werden könnten. Wer fragt nun, was haben diese Dinge mit der Brüderlichkeit zu tun? Goll etwa das die Tatsachen unseres Mitgliedern gegenüber rechtig? In dem Artikel wird gesagt, daß durch das rüpelhafte Verhalten der „Christen“ das Ringen entstanden ist. Wer aber das radikale Gebaren der „deutschen“ Zimmerer kennt, ist sich über die Situation schon klar. Wenn schon die Ausserlesenen der Schlichtungskommissonsmitglieder in der Sitzung mit der Holzart die Diskussion führen, dann kann man von Mitgliedern nichts anderes auf den Plätzen erwarten. Wenn dann der Kritikdichter noch von Unternehmehilfstruppen und Gelben hält, so wollen wir ihn deshalb gern loswerden lassen. Leute dieses Kalibers können uns nicht beleidigen.

## Die Gründung des Verbandes deutscher Krankenkassen auf nationaler Grundlage eine Notwendigkeit!

Man schreibt uns: Die Gründung des „Verbandes deutscher Krankenkassen“ wird, wie bereits bekannt, am Sonntag, den 29. September, in Köln statt. Die dem nationalen Arbeitersongress angeschlossenen Organisationen, wie der Gesamtverband evangelischer und der Katholikerverband katholischer Arbeitvereine, sowie der deutsch-nationalen Handlungsgemeinschafts-Verband und der Gewerbeverband der christlichen Gewerkschaften, hatten die Gründung vorbereitet. An der Gründung beteiligten sich außerdem offen auch die deutschen Gewerbevereine (Gewerbe-Vereine). Zu der I. Konferenz nationaler Krankenfassen-Berater, in der die Gründung einstimmig vollzogen wurde, waren circa 30 Krankenfassen, von deren Vertretern man hörte, daß sie nicht zur Sozialdemokratie gehören, eingeladen. Einzelnen waren über 100 nicht-sozialdemokratische Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Berater und Mandanten, die 44 Krankenfassen vertraten. Weiter nahmen an der Gründungskonferenz auch die Vertreter der verbliebenen bürgerlichen Parteien, sowie zwei Reichstagabgeordnete (Behrens und Seeler) teil. Der Sprecher der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Herr Schlesier und Ernst Böllermann, sowie die Reichs- und Landtagsabgeordneten Herr Justizrat Trimborn von der Zentrumspartei und Herr Abgeordneter und Stadtrat Käßel von der Fortschrittlichen Volkspartei sandten geschriebene, teils handschriftliche Schreiben und ließen sich vertreten. Herr Professor Stolbergher, als Vertreter der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz, und Herr Generalleutnant Dr. Jörg von der Rheinischen Garnisonspartei bezeichneten die Gründung des neuen Verbandes der deutschen Krankenfassen als nationale Grundlage als eine Selbstverständlichkeit; ebenso taten dieses die Abgeordneten Franz Behrens und Johannes Seeler. Auch die Christlich-Demokratischen Wähler, die Herren Schmalz und Seeler, ebenso der nationalliberale Generalsekretär Herr Peter-Söhn, brachte ihre正面的 Zustimmung zur Gründung aus. Die Bevölkerung, verließ äußerst erfreut und für die Krankenfassen freudstragen. Mit Recht jährt der Sprecher auf der bedeutendsten Tagung an, daß die bisherige Organisation eines Teiles der Krankenfassen, die bis zum Jahr völlig vor der Sozialdemokratie befürchteten „Komplizen“ der bürgerlichen Krankenfassen eingeschlossen waren, nun möglich bestätigt wurde. Die national getrennten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Krankenfassen haben eine ganz andere Vorstellung von dem Sinn und Zweck der sozialen Ordnung. Die Sozialdemokraten stellen Veränderungen, auch auf sozialem Gebiet, bei einer nationalen Partei festen Platz. Die

oder Nichtspolitik gestellt. Auf dem von ihm am 30. April 1911 einberufenen Krankenkassenkongress in Berlin wurde die Reichsversicherungsordnung glatt abgelehnt. Glücklicherweise erhoben aber die bürgerlichen Parteien in seltener Einmütigkeit die Reichsversicherungsordnung zum Gesetz, und damit wurden die agitatorischen Pläne des „Hauptverbandes“ vereitelt. Dass sich noch immer eine Anzahl von bürgerlichen und nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in dem von der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie beherrschten „Hauptverband der deutschen Krankenkassen“ betätigten, hat teils seinen Grund darin, daß eben nichts anderes bestellt zu werden. Diese Angelegenheit stand zur Beurteilung vor der letzten Schlichtungskommissonsitzung, und die „Genossen“ mußten sich von den Meistern sagen lassen, daß solche Abmachungen durch genügende Ausfläutung verhindert werden könnten. Wer fragt nun, was haben diese Dinge mit der Brüderlichkeit zu tun? Goll etwa das die Tatsachen unseres Mitgliedern gegenüber rechtig?

In dem Artikel wird gesagt, daß durch das rüpelhafte Verhalten der „Christen“ das Ringen entstanden ist. Wer aber das radikale Gebaren der „deutschen“ Zimmerer kennt, ist sich über die Situation schon klar. Wenn schon die Ausserlesenen der Schlichtungskommissonsmitglieder in der Sitzung mit der Holzart die Diskussion führen, dann kann man von Mitgliedern nichts anderes auf den Plätzen erwarten. Wenn dann der Kritikdichter noch von Unternehmehilfstruppen und Gelben hält, so wollen wir ihn deshalb gern loswerden lassen. Leute dieses Kalibers können uns nicht beleidigen.

Es war dort eine Anzahl Kassen vertreten, welche noch dem Fräßdorffschen „Hauptverband“ angehörten, die aber sofort ihren Beitritt zum nationalen Verband deutscher Krankenkassen erklärt. Im ganzen sind dem neuen Verband sogleich 47 Krankenkassen mit weit über 200 000 Mitgliedern beigetreten. Der Beitrag wurde auf einen Pfennig pro Mitglied und Jahr festgesetzt, jedoch beträgt der Mindestbeitrag einer Kasse 10,- für ein Jahr. Der Verband deutscher Krankenkassen hat sich u. a. zur Aufgabe gestellt: den angeschlossenen Krankenkassen durch Auskunftsverteilung und Vertretung in allen Fragen der Versicherungsgefegegebung zur Seite zu stehen. Auch will und muß er seine Unterstützung leisten beim Abschluß von Verträgen aller Art. Gehilflich will er sein bei der Abfassung von Rüsterzählungen und Dienstordnungen. Ferner will er durch die Mithilfe aller nationalen Parteien Einfluß bei den Behörden und der Regierung sowie beim Parlament erlangen, um die Interessen und Wünsche der Kassen wirkungsvoll zu vertreten.

Die Herausgabe einer im Sinne einer gesunden und realisierbaren Sozialpolitik geleiteten Krankenfassen-Zeitung und sonstiger Schriften, sowie die Abhaltung von Kursern für Kassenbeamte ist ein weiteres Feld seiner Tätigkeit. Der völlige Ausbau des Krankenfassenwesens nach der Reichsversicherungsordnung wird sich der Verband angelehen sein lassen, ebenso die Förderung von Genehmigungsheimen und Heilstätten. Der Frage der Krankenüberwachung wird er ebenfalls seine Aufmerksamkeit schenken und durch Veranlagung von großen Krankenkassentagungen freiwillig Stellung zu den jeweiligen schwierigen und einschlägigen Fragen nehmen. Gemeinschaftlich mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die beide entsprechend im Vorstand berücksichtigt werden, soll und wird der neue Verband an seine Aufgaben herangehen. Politische und gewerkschaftliche Interessen sollen mit dem Verband nicht verfolgt werden. Es soll vielmehr eine Stelle geschaffen werden, wo sämtliche bürgerlichen Parteien und Richtungen auf dem Gebiete der Krankenfahrt im ehrlichen Wettbewerb gemeinsam wirken, und wo die Vertreter derselben sich jederzeit sachverständigen Rat holen können.

Mit den bestehenden Einzelverbänden soll ein freundliches Verhältnis angebracht werden. In den Fällen, wo die Forderungen und Ansprüche der Arzt- und Apotheker-Organisationen nicht in den tatsächlichen Verhältnissen begründet sind, werden sie natürlich einer geschlossenen Phalange aller organisierten Krankenkassen begegnen.

Der verheißungsvolle Anfang zu einer wirkungsvollen Beratung und sachgemäßen Beratung der Krankenfassen ist nunmehr gestellt. Mögen nun aber auch recht bald die von national gesinnten Männer geleiteten Kassen sich dem „Verband deutscher Krankenkassen“ anschließen. Die vorläufige Geschäftsstelle des nationalen Verbandes deutscher Krankenkassen befindet sich in Köln, Unterstrasse 147.

## Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 22. bis 26. September in Elberfeld seine IV. Gesamtkonferenz ab. Zur Erledigung der gesetzlichen Sachen nahm Stiegwald das Wort zu seinem Referate über die Allgemeine gewerkschaftliche Lage und zu letzteren Aufgaben.

Die gewerkschaftliche Lage, so führte Redner u. a. aus, werde zurzeit vor allem durch drei Momente charakterisiert:

1. die allmähliche offensichtliche Anerkennung der sozialrevolutionären Theorie durch die „freien“ Gewerkschaften.

2. durch den laufenden Kriegsgang zwischen christlichen und sozialen Gewerkschaften und

3. durch das systematische Zögern gelber Gewerkschaften seitens der Großindustrie.

Zu Ausführungen zum ersten Punkt ging Generalsekretär Stiegwald auf die Entwicklung ein, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaften hinsichtlich ihres Charakters genommen haben. Schon in der Gründung der heutigen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob

die Gewerkschaften politisch neutral seien oder nicht, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren sie politische Diskutierclubs. Als das Gesetz 1890 fiel, begann der Streit von neuem, wobei eine Gruppe die Neutralität grundsätzlich gewahrt wissen wollte, während eine andere sie aus taktilen Gründen forderte. Diese Seiten sind vorbei. Heute wird als selbstverständlich angenommen, daß Partei und Gewerkschaften zusammenarbeiten. Hier sprach sich der bürgerliche Gewerkschaftskongress noch gegen den Gedanken des politischen Massenstreiks und auch gegen die Massenstreik aus. Aber dieser Beschluß rief einen gewaltigen Krach im sozialdemokratischen Lager hervor. Und der Zentrale Parteitag nahm gegen die Gewerkschaften den Massenstreik in das Programm der Genossen auf. Der Parteidtag in Mannheim suchte dann den Frieden einzurichten, indem er die Richtlinien für eine gemeinsame Arbeit aufstellte. Es herrschte dann etwas Ruhe. Aber in der Folge spielten sich einige Kämpfe ab, die beweisen, daß die Revolutionierung der Massen fortgeschritten war. Kollege Stegerwald führte verschiedene Vorgänge an, die beweisen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Macht über die Massen verloren haben und daß sie sich mit den in den großen Städten herrschenden radikal-sozialistischen Ideen befreunden müssen. Und deshalb konnte Raetsky feststellen, daß auch die Gewerkschaften den Massenstreik in ihr Programm aufgenommen haben. In Belgien wird man übrigens wahrscheinlich in absehbarer Zeit die Theorie des Massenstreiks in die Praxis umgesetzt sehen.

Das zweite Charakteristikum der jetzigen Zeit ist die Verschärfung des Gegensaues zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Von gegnerischer Seite werde das auf die „Klerikalisierung“ der christlichen Gewerkschaften zurückgeführt. Dem sei nicht so. Es sei vielmehr Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften durch die Kämpfe der letzten Jahre gezwungen wurden, den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen im einzelnen tiefer nachzugehen, die Forderungen der Lohnarbeiterklassen in die Gesamtzusammenhänge hinzustellen. Und dabei war es selbstverständlich, daß sich in vielen Fragen in der Gesamtbeurteilung der Dinge von der roten Phrase emanzipieren mußten. Deshalb habe bis vor wenigen Jahren unsere Presse, was die wirtschaftliche Auflösung anlangt, versagt, und die christlichen Gewerkschaftler seien bis dahin auf Genossen angewiesen gewesen. Auch heute sei noch nicht alles so, wie es sein sollte. Deshalb sei es vor allem Aufgabe der Vorstände, volkswirtschaftlich bildend zu wirken. Den weiteren Grund für den scharfen Gegenzug zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sei in der Entwicklung der letzteren zu sehen, dadurch sei von selbst die Kraft immer größer geworden. Redner illustriert dies an dem Beispiel der Finanzreform, von der er erklärt, daß er sie nicht würde verteidigt haben, wenn die Genossen nicht versucht hätten, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung zu erdrücken. Bei der Reichsversicherungsordnung verübte man es uns stark, daß wir, soweit die Wahl der Beamten in Frage kommt, müßt gewählt haben, den Genossen die Fülle zu beschreiben. Aber der brutale Terrorismus der Genossen, die nie schlimmer sind als die gesättigten Scharfmacher, trägt die Schuld daran, so daß es unsere Kollegen vielfach lieber mit dem Arbeitgeber als mit den Genossen zu tun haben.

Nachdem der Redner als drittes Moment in der heutigen Gewerkschaftsbewegung den Gelbfolder der Großindustrie einer kurzen Würdigung unterzogen hatte, ging er kurz auf den Streit zwischen den „Berlinern“ und den christlichen Gewerkschaften ein. Er fragte: Wie steht's damit? Es wurde und wird so unendlich viel darüber geredet, daß man am besten von all dem überhaupt nichts glaubt. „Keinetwegen soll man machen, was man Lust hat, wir machen, was wir Lust haben.“ Die Mehrzahl der deutschen Bischöfe steht auf unserer Seite. Die Lage des Berliner Verbandes ist jämmerlich. Erst jüngst hat etwa 6000 Mitglieder verloren. Die Kassen krachen. Eine Verständigung, so sehr sie zu wünschen wäre, ist deshalb unmöglich, weil sich hier zwei grundverschiedene Konfessionen entgegenstehen. Die Berliner wollen eine konfessionelle, wir eine interkonfessionelle Organisationsform. Die Zusammenziehung unseres Volkes duldet keine konfessionelle Scheidung auf wirtschaftlichem Gebiet. Außerdem ist die Macht der Kirche hier sehr gering. Sie hat zwar Lehrgewalt, aber ihr fehlt die Möglichkeit, ihre Ansprüche durchzusetzen, ihr fehlt nach dem Ausspruch eines deutschen Bischofs der Gerichtsvollzieher. Die konfessionelle Trennung darf nicht ins Extreme getrieben werden. Das verbietet unsere volkswirtschaftliche Stellung, das verbietet auch praktische Erwägungen der Gewerkschaftspolitik. Denn Deutschland hat neben Amerika die größten Kapitalakkumulationen, es hat die stärksten Arbeitgeberverbände und endlich die geschlossene Sozialdemokratie. Wollen wir also auf der einen Seite gegenüber den Sozialdemokratie zur Gestaltung kommen, dann müssen konfessionelle Scheidungen im wirtschaftlichen Leben schwinden. Ein weiterer Unterschied zwischen Berlinern und christlichen Gewerkschaften besteht in sozialwirtschaftlicher Hinsicht. Der Grundsatz der ersten, daß der Arbeitvertrag kein Macht, sondern ein Rechtsverhältnis sei, ist in der Theorie sehr schön. Aber alle Rechtsfragen sind Machtfragen. Deshalb ist es auch mit der vermittelnden Tätigkeit an Stelle des eventuellen Streits nichts, weil eine Vermittlung nur dann möglich ist, wenn reale Machtaktoren hinter den Parteien stehen. Und was die Schiedsgerichte mit Verhandlungszwang und rechtsverbindlicher Entscheidung anlangt, so ist es diesen auch nicht weit her. Das hat das Schiedsgericht der Heimatwerksgesellschaft gezeigt. Außerdem haben wir nicht die Aufgabe, später mögliche Staatsordnungen zu erwägen, sondern für die Gegenwart zu arbeiten. Deshalb können wir auf das Mittel des Streits nicht verzichten. Sollten uns von Rom aus — bis jetzt haben die Bischöfe mit ihren biedermeierlichen Bestrebungen kläglich gemacht — Gewaltigkeiten gemacht werden, so kann man

unsers Entwicklung vielleicht hemmen, vernichten kann man uns nicht. Und die Folge wäre nur eine gewaltige Verwüstung im katholischen Lager.

Zum Schluß sprach dann der Redner über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Vor allem sei es notwendig, den Charakter als Standesbewegung stärker zu betonen, nicht im Sinne des sozialdemokratischen Klassenkampfes, sondern als einer eingeschlossenen Vertretung im Rahmen des ganzen. Wir haben auf andere Stände seither mehr Rücksicht genommen, als irgendeine andere Standesorganisation, aber kein Echo gefunden. Weiter ist es notwendig, daß wir mitwirken an der Lösung des Problems der deutschen Nahrungsmittelevorsorge. Die Sozialdemokratie allerdings röhrt sich hierin die Führerin des Volkes zu sein. Allerdings, wenn es auf Forderungen und Spektakel ankäme, dann hätten wir längst das Fleisch umsonst. Vor allem ist zu fordern, daß in dieser Frage die parteipolitischen Gelehrten ausgeschaltet werden. Redner geht auf die Frage des näheren ein und fordert vor allem die Einführung von Gefrier- und Stückfleisch.

Ausnützungsfreiheit erfordert auch die Wohnungsfrage, die in der Hauptstrecke von Kommunen und Gewerkschaften zu lösen sei, weshalb die christlichen Gewerkschaften sich hier begeistern müssen.

Die letzte Aufgabe ist die Säzung in der Handelspolitik, die eines gründlichen Studiums bedarf, damit der Arbeiter auch auf diesem Gebiete seine Interessen vertreten kann. Zudem streift der Redner noch einige Fragen praktischer Natur: Beteiligung an der Sozialversicherung, Erklärung von Orts- und Wirtschaftsstellen, Zusammenarbeit mit den konfessionellen Vereinen, Agitationstechnik usw.

Nach dem Referat gab der Zentralvorsitzende Schiffer eine mündliche Erläuterung zum Geschäftsbericht, aus dem wir das wesentlichste bereits mitgeteilt haben.

Es folgten dann die Verhandlungen über die zahlreichen eingegangenen Anträge bezüglich des Agitation- und des Beitragswesens. Bezüglich des letzteren wurde fast einstimmig beschlossen, die Rentenrate erneut einen größeren Anteil an den Einnahmen zu richten, indem der Anteil der Ortsgruppen an den ordentlichen Einnahmen von bisher 15 Prozent auf künftig 3 Prozent erhöht wird. Die Ortsgruppen sind gezwungen, einen Lohnbeitrag von mindestens 5 Pf. pro Woche und Mitglied einzuführen. Das Unterhängungswochen hat eine weSENTLICHE Änderung nicht erfahren. Zur Abschlußdaran wurde vom Verbandssekretär Leutmann ein eingehendes Referat über die Vorgangsrichtung erstattet. Redner gab Mittel und Wege an, wie die Abstimmung unter den Jugendlichen im Betriebe wirkamer gestaltet werden kann.

Redner rief die Generalversammlung zur herrschenden Wirtschaftsleitung Stellung. Die Mittel, die geeignet wären, die Teuerung zu mildern, wird in einer Resolution von den Reichs- bzw. Staatsregierungen gesetzert:

1. Eine Erleichterung der Einführung von Fleisch und Fleisch aus dem Auslande.
2. Eine Änderung der betr. Bestimmung des Fleischbeschaffungsgesetzes, um die Einführung von Fleisch aus Argentinien und Australien zu erleichtern.
3. Aufhebung des Verbotes der Einführung von vegetaristischem Fleischfleisch und amerikanischer Hartfleisch.
4. Aufhebung des Verbotes auf Wild, namentlich auf unfruchtbaren Flächen.
5. Aufhebung oder mindestens wesentliche Ermäßigung der Zölle auf Mais, Futtergerüste und andere Futtermittel.
6. Eine Verbilligung des Eisenbahntarifgesetzes für Fleisch und Fleisch.
7. Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmitte, um die Fleisch im Osten einerseits und andererseits die Zufuhr von Fleisch und Fleisch aus dem Osten nach dem Westen des Kaiserreichs zu erleichtern.
8. Einsetzung einer ständigen Kommission, die die Ursachen der Teuerung objektiv prüfen und ferner sich mit der ganzen Frage der Lebensmittelversorgung einzuhändig beschäftigen soll.

Die Gemeinden könnten folgende Mittel zur Milderung der Teuerung ergreifen:

1. Fleisch und Fleischzölle im großen und Wiederkauf im Rahmen zu den Selbstkostenpreisen, unter möglichster Verbilligung der Auswüchse des Zwischenhandels.
2. Abschluß langfristiger Lieferungsverträge auf eine bestimmte Stückzahl Fleisch mit landwirtschaftlichen Genossenschaften.
3. Errichtung eigener Schlachtmastereien.
4. Kauf von billigen Zeeschen. Gaud in Hand damit sollte geben ein wentschlicher praktischer Fischtheorie und theoretische Befehlung der Frauen der minderwertigsten Stände über Nährwert und Zubereitung der Fleisch.
5. Errichtung städtischer Lebensmittelämter zur Überwachung und Kontrolle des städtischen Lebensmittelmarktes.

Daneben sei jedoch auch die Selbsthilfe — Sammevereine — unbedingt notwendig. — Um die Milderung auf die Möglichkeit bewegung aufzuteilen zu machen, wurde eine diesbezügliche Resolution genommen.

## Aus Arbeitgeberverbänden.

Zur Frage der Streitversicherung der Arbeitgeberverbände lesen wir im „Centralblatt für das deutsche Gewerbe“ (Nr. 10): „Die Frage, wie dem Arbeitgeber für die Verluste aus Streiks und Aussperrungen Entschädigung gewährt werden kann, die sogenannte Streitversicherung, ist in Deutschland auf der Grundlage entschieden worden, daß die Streitversicherung ein Teil der Aufgaben der bestehenden Arbeitgeberverbände ist. Maßgebend hierfür war die Überzeugung, daß die Streitentschädigungfrage nur im Zusammenhang mit den übrigen Aufgaben der Arbeitgeberverbände gelöst werden kann, weil ja hier neben rein geldlichen Interesse noch eine ganze Reihe anderer Momente mitspielen. Aus diesem Grunde an die beiden Zentralen der Arbeitgeberverbände, Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein Deutscher Arbeitgeber-

verbände, die Rückversicherung für die ihnen angehörenden Arbeitgeberverbände übernommen. Dieser Versicherung sind 67 Arbeitgeberverbände und Streitentschädigungsgeellschaften im Anschluß an Arbeitgeberverbände angeschlossen, die eine Jahreslohnsumme von 728 Mill. Mark und eine Arbeiterzahl von 750 000 umfassen. Nicht berücksichtigt sind hierbei diejenigen Arbeitgeberverbände, welche ihren Mitgliedern Streitunterstützung von Fall zu Fall auszahlen. Der wesentliche Vorteil für die bei den beiden Zentralen vertraterten Arbeitgeber besteht außerdem darin, daß sie ihren Rückhalt in den beiden Arbeitgeberzentralen haben, denen mehr als 56 000 Betriebe mit einer Zahl von fast 2½ Millionen beschäftigten Arbeitern angehören sind. Versuche, die Streitversicherung etwa auf der Grundlage zu lösen, daß eine von den Arbeitgeberverbänden ganz losgelöste Vereinigung die Auszahlung von Streitentschädigungen als einzige Aufgabe übernimmt, werden in Deutschland abgelehnt; solche Versuche hat man in Frankreich gemacht. Es hat sich jedoch, wie die jüngsten Berichte von dort ergeben, herausgestellt, daß sich hierbei nur die gewohnteren Rütteln ausschließen, ein Umstand, der natürlich für die Gesellschaft und für die Mitglieder gleich bedeutsam ist.“

## Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Ausländische Zugwanderer in Preußen.** Wir haben noch jüngst konstatieren können, eine wie günstige Entwicklung die deutsche Auswanderungsziffer seit den 80er Jahren genommen hat. Waren es damals noch weit über 200 000 deutsche Reichsangehörige, die ihre deutsche Heimat verliehen, so sind es heute nur mehr rund 20 000. Das ist ganz unzweifelhaft ein Beweis dafür, wie außerordentlich günstig unser Wirtschaftsleben sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Nicht als wenn damit auch lauter Glück und Segen für die Arbeiter gekommen wäre. Doch darüber wollen wir heute nicht reden. Immerhin aber zeigt die Entwicklung unserer Auswanderungsziffer, daß unsere Wirtschaftsentwicklung, allgemein genommen, sich in gewissen Bahnen vollzogen hat. Sie hat den deutschen Arbeitern Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten im weitesten Umfang geboten, und dieses sind ja schließlich die ersten Voraussetzungen, die eine kulturelle Hebung der Arbeiterschaft ermöglichen.

Mit dieser erfreulichen Entwicklung der deutschen Auswanderungsziffer ist eine andere Erscheinung in unserem Volksleben parallel gegangen: Die Zugwanderung von Ausländern ins deutsche Reichsgebiet hat steigend zugenommen. Der weitanspruchende Teil der Zugwanderer besteht aus Angehörigen der arbeitenden Stände fremder Länder, die in Deutschland Arbeit und Verdienst suchen und zweifellos auch finden. Daß der deutsche Arbeitsmarkt den sich stetig vermehrnden Zustrom ausländischer Arbeiter aufzunehmen vermöchte, ist ein weiterer Beweis für den guten Stand der deutschen Volkswirtschaft. Dabei soll aber nicht übersehen werden, daß die Zugwanderung ausländischer Arbeitskräfte nach der nationalen, sozialen und gewerkschaftlichen Seite hin manche Schäden mit sich gebracht hat. Erinnert sei nur an die durch ausländische Arbeiter hervorgerufene Verschärfung der Situation bei gewerkschaftlichen Lohnkämpfen, sowie an die Schwierigkeiten, die der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Wir wollen uns jedoch mit diesen Problemen heute nicht näher befassen und uns damit begnügen, einen Überblick zu geben über den Umfang der ausländischen Zugwanderung sowie ihrer Verteilung auf die verschiedenen Provinzen des preußischen Staates. Nachstehende Tabellen sind der „Stat. Korr.“ entnommen.

Nach den Ergebnissen der Volkszählungen betrug die Zahl der Personen, die eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit angegeben haben,

im Jahre	im preußischen Staate*)		im Deutschen Reiche	
	über- haupt männl. Person.	weißl. Person.	über- haupt männl. Person.	weißl. Person.
1871	87 304	55 876	31 428	206 755
1875	120 993	77 762	43 231	290 799
1885	156 969	89 378	67 591	372 792
1890	164 805	97 292	67 513	433 254
1895	205 818	118 420	87 398	486 190
1900	368 003	227 040	140 963	778 698
1905	524 874	313 421	211 453	1028 560
1910	688 839	402 707	286 152	noch nicht festgestellt

Vorstehende Zahlen zeigen eine außerordentlich starke Zunahme des außerdeutschen Elementes in Preußen. Es hat sich seit 1871 fast verdachtigt. Auf je 1000 Personen der Gesamtbevölkerung Preußens kamen Ausländer 1871 3,5, 1875 4,7, 1885 5,5, 1890 5,5, 1895 6,5, 1900 10,7, 1905 14,1, 1910 17,2. Es befinden sich unter je 1000 Reichsangehörigen im Jahre 1910 in Preußen 584,6 männliche und 415,4 weibliche Personen, gegen 597,1 männliche und 402,9 weibliche Personen im Jahre 1905.

Von Interesse ist es auch festzustellen, welche Nationalitäten am stärksten vertreten sind. Das größte Kontingent nichtdeutscher Staatsangehörigen stellen die Österreicher (301 710), dann folgen die Holländer mit 157 440, die Russen mit 90 667, die Italiener mit 42 480, die Schweizer mit 23 029, die Ungarn mit 21 252, die Dänen mit 20 206, die Belgier mit 10 703, die Briten mit 9898, die Nordamerikaner mit 8832 und die Schweden mit 5992. Die verhältnismäßig niedrige Zahl der Italiener dürfte manche unserer Kollegen überraschen. Weit mehr als zwei Drittel aller in Preußen lebenden Reichsangehörigen sind Österreicher, und nahezu zwei Drittel Österreicher und Niederländer zusammen. In dem letzten Jahrzehnt hat sich die Zahl der Italiener, Niederländer, Schweizer und Ungarn fast, diejenige der Russen und Österreicher mehr als verdoppelt; weniger zugemessen hat die Zahl der Belgier, Briten, Schweden und Nordamerikaner. Die im preußischen Staate ermittelten dänischen Staatsangehörigen befinden sich abgesehen von den in Berlin und dessen nächster Umgebung wohnenden, fast sämtlich in Schleswig-Holstein; ihre Zahl hatte bis 1890 beständig zugenommen, ist aber seitdem mit Ausnahme des Jahrzehnts 1900/1905 erheblich zurückgegangen. Es sind nämlich an dänischen Staatsangehörigen gezählt worden:

Der Jahre 1880 ist die Zahl der dänischen Staatsangehörigen nur unvollständig und 1875 überhaupt nicht ermittelt worden.

im Jahre	im preußischen Staate		in Schleswig-Holstein	
	über- haupt männl. Person.	weißl. Person.	über- haupt männl. Person.	weißl. Person.
1871	13 520	9 339	4 181	12 857
1880	22 770	13 773	8 997	9 288
1885	30 326	16 564	13 762	15 602
1890	31 440	17 387	14 053	13 714
1895	24 389	13 313	11 076	22 060
1900	22 333	12 510	9 823	19 139
1905	24 064	13 848	10 216	19 814
1910	20 206	11 399	8 807	15 337

Im Jahre 1880 ist die Zahl der dänischen Staatsangehörigen nur unvollständig und 1875 überhaupt nicht ermittelt worden.

Auf die einzelnen Provinzen verteilt sich die Gesamtzahl der im preußischen Staate 1900 und 1910 vorhandenen Reichsangehörigen folgendermaßen:

Provinzen	1900	1910	zehnjähr. Zunahme (+) oder Abnahme (-) überbaupt a. Hundert	
			Stadt	Land
Ostpreußen	7 451	15 005	7 557	+ 101,42
Westpreußen	3 893	7 057	3 194	+ 82,04
Stadtkreis Berlin	35 026	51 047	19 021	+ 54,31
Brandenburg	19 694	70 991	51 300	+ 260,49
Pommern	4 437	16 137	11 700	+ 263,69
Posen	5 184	10 167	4 983	+ 96,12
Schlesien	59 132	105 950	46 848	+ 79,23
Sachsen	14 313	29 112	14 799	+ 103,40
Schleswig-Holstein	28 591	32 656	4 065	+ 14,22
Hannover	16 289	30 015	13 726	+ 84,27
Westfalen	46 449	86 024	39 573	+ 85,20
Leben-Nassau	18 215	26 272	8 057	+ 44,23
Rheinprovinz	108 520	205 056	93 253	+ 88,14
Hobenzolmerische Lande	500	284	225	+ 44,24
Stadt	368 003	659 829	320 836	+ 87,18

Der größte Teil der Zugwanderer ergiebt sich also in die Rheinprovinz, in die Provinzen Sachsen und Westfalen, sowie in die Stadt Berlin. Das ist erklärlich. Sind doch in diesen industriereichen Gebieten die Voraussetzungen zu lohnender Beschäftigung, überhaupt zu höherem wirtschaftlichen Fortkommen am ehesten gegeben. Bevollständigt man das obige Jahrzehnt dadurch, daß man für die einzelnen Provinzen die dort 1910 am zahlreichsten vertretenen Reichsangehörigen nach je vier Hertzslandern aussondert, so ergibt sich die folgende Übersicht:

Provinzen	Staatsangehörig in Städten	Provinzen	Staatsangehörig in Städten	Provinzen	Staatsangehörig in Städten
Städte	Land	Städte	Land		

